

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

6. JAHRGANG · AUSGABE 11 · 2001 VOM 9. NOVEMBER 2001 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO (1,96 DM)

3 | **Die Millionen sind fort – die Verantwortlichen blieben**  
Brandstetter völlig ohne Kontrolle

5 | **Rasterterror, Milzbrandstifter und Schläfertum**  
Datenschutz in Eberswalde

8 | **Im Osten geht die Birne um**  
Wohnungspolitik und Städtebau

## Entscheidung zum Flugplatz als Überraschungs-Ei?

*Acht Wochen vor Ultimo liegt noch immer im Dunkeln, ob Investoren die Liquidation der Finow Tower GmbH verhindern*

**Eberswalde/Finow (bbp).** Nachdem Flugplatzentwickler Brandstetter zu Jahresbeginn 2000 ins Trudeln kam und in seinem Sturzflug die Eberswalder Flughafenpläne am Boden zu zerstören drohte, übernahm die Tower Finow GmbH als städtische Gesellschaft die Funktion des Retters der Flugrechte. Aus Sorge vor den unüberschbaren Risiken entschieden die Stadtverordneten, daß die Tower Finow GmbH als städtische Gesellschaft nicht über den 31.12.01 hinaus Bestand haben sollte. Bis dahin sollte ein neuer Flughafenentwickler gefunden werden (angeblich gab es solche schon im Frühjahr 2000).

Doch acht Wochen vor dem planmäßigen Ende der Tower Finow GmbH ist noch immer völlig im Dunkeln, wie es mit dem Flugplatz weiter gehen soll. In der StVV am 19. Juli diesen Jahres verkündete Bürgermeister Schulz auf eine Abgeordnetenfrage, daß es drei Interessenten für den Flugplatz gebe. Verhandelt werde mit einer Eberswalder Unternehmergruppe, die den Zuschlag bekomme. Bei den beiden anderen Bewerbern handelt es sich nach Recherchen der Barnimer Bürgerpost um Unternehmer »aus Bayern«, die zum Erstaunen aller sächsisch redeten, und jenen Leuten, die sich in der Vergangenheit bereits vergeblich um den Erwerb und Ausbau des Flugplatzes Groß Dölln bemüht hatten.

### Wer steckt hinter der Interessengemeinschaft?

Die in der Eberswalder Interessengemeinschaft zusammengefaßten Unternehmer scheinen nach Auffassung der Zuständigen im Potsdamer Verkehrsministerium über die größere Kompetenz zu verfügen. Um wen es sich bei diesen Unternehmern im einzelnen handelt, wird indes noch immer als Geheimnis gehandelt. Nicht einmal dem einschlägigen Fachmagazin »Pilot und Flugzeug« ist es bisher gelungen, zu ermitteln, wer die Mitglieder der kaufinteressierten Unternehmergruppe sind. Bekannt sind gegenwärtig die Organisatorin Uta Behr, die als Immobilienmaklerin u.a. die Aufgabe hat, städtische Liegenschaften zu vermarkten. Neben ihr ist von einem Herrn Wolk die Rede, der als Vertreter der Leipziger Kirow-Werken deren Tochterunternehmen, den Eberswalder Kranbau, betreut. Wolk, so heißt es, benutzt den Flugplatz Finow regelmäßig für seine Geschäftsreisen zwischen Leipzig und Eberswalde. Als weiterer Förderer des Flugplatzes bekannte sich ein Bauunternehmer aus Frankfurt/Oder, der seit kurzem auch in der Region Eberswalde tätig ist.

Wichtige Fragen sind nach wie vor offen. Sind die Eberswalder Unternehmer tatsächlich an der Flugplatzentwicklung interessiert? Haben sie dafür ein tragfähiges Konzept und vor allem die finanziellen Mittel? Nicht auszuschließen ist, daß die Unternehmergruppe lediglich der Stadt gefällig sein will, die Flugrechte zu sichern, bis sich ein tatsächlich kompetenter Flugplatzentwickler findet.

Übernehmen sie dabei das Verlustgeschäft der Flugplatzbetriebsung, weil ihnen die Stadt Unterstützung in Aussicht stellt (a la Brandstetter-Millionen)? Oder investieren sie tatsächlich eigenes Geld in der Hoffnung, von der zukünftigen Flugplatzentwicklung (falls es sie geben wird) zu profitieren?

Die verbleibende kurze Zeit läßt erwarten, daß den Abgeordneten eine weitere Tischvorlage ins Haus steht und ihnen keine Zeit für die gründliche Prüfung der Vorlage zum Verkauf der Tower Finow GmbH bleibt. Doch damit hatten sie bisher auch kaum Probleme.

Die bisher von seiten der Stadtverwaltung praktizierte Informationspolitik läßt erwarten, daß sich die in den nächsten Wochen zu treffende Entscheidung über das Ende des städtischen Flugplatzengagements als Überraschungs-Ei präsentieren wird.



## „Das, was man Leben nannte“

**Ausstellung** in den Baracken der Forschungs- und Gedenkstätte Eisenspalterei (ehemaliges Außenlager des KZ Ravensbrück), in Eberswalde, Am Bahnhof Eisenspalterei, **noch bis zum 18. November 2001.**

Veranstalter: Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur, Jugendarbeit und Schulen e.V. und Jugend und Kulturverein Exil e.V.

Bereits am 5.11. referierte Mario Wenzel über »Das System der Konzentrationslager – eine Organisationsgeschichte des wichtigsten Terrorinstruments der NS-Herrschaft«. Am 8.11. debattierten Gisela Wenzel, Marina Schubert, von der Berliner Geschichtswerkstatt e.V. »Zur Geschichte der Zwangsarbeit«.

Weitere Veranstaltungen finden wie folgt statt:

**10.11., 19 Uhr:** Filmvorführung »Der Reichseinsatz« von Bergmann  
**12.11., 19 Uhr:** Dr. Michael Kohlstruck, AJR am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin: »Rechtsextremismus als maskuline Jugendkultur«

**16.11., 10 Uhr:** Gerda Szepansky, Autorin der gezeigten Ausstellung: Gespräche mit Schülern; 13.00 Uhr Abschlußveranstaltung

## Die Demokratie funktioniert

48 Prozent der Ostberliner wählen PDS am 21. Oktober. Dennoch funktionierende Demokratie: Wovoreit nimmt Rücksicht auf den Kanzler. Und die radikalen Marktwirtschaftler der FDP mit ins Regierungsboot.

In der Prignitz verbündet sich der amtierende Landrat – künftig in Brandenburg wohl der einzige mit CDU-Parteibuch – mit der PDS, um die nötigen Stimmen zu erreichen. Die Demokratie funktioniert: Brandenburgs CDU-Vorsitzender Schönbohm tobt, »eine Koalition mit der PDS wird es in keiner Form geben.«

*Funktionierende Demokratie: Taktische Überlegungen entscheiden. Eine Verbindung mit den Berliner »Altkommunisten« würde im Westteil der Republik bei den nächsten Bundestagswahlen angeblich Stimmen kosten. Also wird die Berliner Ampel wahrscheinlich mindestens bis Ende 2002 regieren. In der Prignitz dagegen bringt eine Ausgrenzung der PDS ganz bestimmt keine wahltaktischen Vorteile. Also schert sich die Vor-Ort-CDU einen Sch... um die ideologischen Bedenken ihres Landesvorsitzenden.*

Die PDS sieht sich momentan in komfortabler Position. Ob Ausgrenzung oder koalitions-

ähnliche Zusammenarbeit – alles bringt Wählerstimmen. Aber auch potentielle Verantwortung. »Entzauberung« ist ein Argument jener, die eine Zusammenarbeit mit der PDS befürworten. Sie könnten recht behalten.

Auch die Eberswalder PDS wird sich in den nächsten zwei Jahren mit solchen Überlegungen auseinandersetzen müssen. Mit den 99er Wahlen zum Landtag wurde die PDS, gemessen an den gültigen Erststimmen, zur stärksten Partei in Eberswalde. Noch reicht es aus, keine gravierenden Fehler zu machen, um dieses Ergebnis sogar noch zu verbessern. Zu den Bundestagswahlen 2002 wird das noch funktionieren. Doch die Kommunal- und Bürgermeisterwahlen im Jahr 2003 könnten zu einem bösen Erwachen führen.

Das Wählerpotential ist vorhanden. Um dieses Potential in tatsächlichen Wahlerfolg umzusetzen, braucht die PDS dauerhafte Glaubwürdigkeit, daß sie tatsächlich eine Alternative zu den anderen Parteien darstellt. Und zwar eine machbare Alternative. Für die derzeitigen PDS-Stadtvorordneten bedeutet das vor allem, dem Vorwurf entgegenzuwirken, sie würden jede Sachzwangvorgabe der Stadtverwaltung

kritiklos schlucken. Anfang 2002 wird die Eberswalder PDS einen neuen Vorsitzenden wählen. Ein Neuanfang mit anspruchsvollen Aufgaben. Ziel kann nur sein, den Status der stärksten Partei zu stabilisieren. Ein Kampf um das Bundestagsdirektmandat im Herbst 2002 in dem neuen Wahlkreis Nordbarnim-Uckermark kann so kurzfristig kaum mit einiger Aussicht auf Erfolg organisiert werden. Im Mittelpunkt stehen also die 2003 in Eberswalde anstehenden Wahlen des Bürgermeisters und der Stadtverordneten. 2004 folgen dann die Landtagswahlen mit der Verteidigung des Direktmandats.

Die PDS Eberswalde benötigt ein überzeugendes inhaltliches Programm und das entsprechende personelle Angebot, das dieses Programm umsetzt. Viel Arbeit für den neuen Vorsitzenden und seinen Vorstand.

Viel Diskussion und Streit. Und das ist auch gut so, würde Wovoreit sagen.

Demokratie funktioniert. Nicht immer so, wie einzelne Polit-Taktiker sich das vorstellen. Die langfristige Strategie entscheidet letztlich über Erfolg oder Mißerfolg.

GERD MARKMANN

### Kinder- und Jugendparlament

**Eberswalde (bbp).** Im Januar wird in Eberswalde ein Kinder- und Jugendparlament (KJP) gewählt. Ein entsprechender fraktionsübergreifender Antrag fand am 20. Oktober bei sieben Gegenstimmen der CDU-Fraktion und des SPD-Abgeordneten C. Pfütz und einer Enthaltung die Mehrheit der Eberswalder Stadtverordneten. Wahlberechtigt sind Personen mit Hauptwohnsitz in Eberswalde, die am Wahltag mindestens das 12. Lebensjahr aber höchstens das 21. Lebensjahr vollendet haben. Wählbar für das zwischen 15 und 20 Mitglieder umfassende KJP sind Kinder und Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren. Um auf die Wahlliste zu gelangen benötigen Bewerber die Unterstützung von mindestens 30 wahlberechtigten Kindern und Jugendlichen. Termine und Fristen werden rechtzeitig bekanntgemacht.

### Lebensraum Wald

**Eberswalde (bbp).** Die »Biologische Vielfalt in Brandenburg« ist das Thema des 4. Eberswalder Tages für Forschung und Lehre am 8. November an der Aula der Fachhochschule. Wissenschaftler der Fachhochschule, des Zentrums für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung (ZALF) Müncheberg, der Landesforstanstalt, der Landesanstalt für Großschutzgebiete sowie der Bundesanstalt für Forst- und Holzwirtschaft berichteten auf der Veranstaltung über die Sicherung der biologischen Vielfalt bei Genen, Arten und Lebensräumen.

## Aktionen gegen den Krieg



Über 150 Menschen aller Altersstufen beteiligten sich am 26. Oktober an der dritten größeren Aktion des Eberswalder Friedensbündnisses. Mit einem Lichtermarsch wurde der Forderung Nachdruck verliehen, endlich mit der sinnlosen Bombardierung Afghanistans aufzuhören. Auf den vier Stationen auf dem Pavillonplatz, im Leibnizviertel, in der Ammonstraße und zum Abschluß wieder auf dem Pavillonplatz wurden Friedenslieder gesungen und Texte vorgetragen.

Das Friedensbündnis hat weitere Aktionen vor. Beraten darüber wird jeden Montag um 19 Uhr in den Räumen des Begegnungszentrums »Wege zur Gewaltfreiheit« in Eberswalde, Eisenbahnstraße 20. Kontakt: Volker Passoke, Tel. 03334/288141 oder Buendnis.fuer.Frieden@gmx.net. Foto: Triller



# Die Millionen sind fort – die Verantwortlichen blieben

von Albrecht Triller

»Die im Zusammenhang mit der Darlehensgewährung gegen Vertreter der Stadt Eberswalde und der TWE gerichteten staatsanwaltlichen Ermittlungen sind eingestellt worden«. Das ist die Antwort, die Bürgermeister Schulz auf meine Abgeordnetenfrage zur Verantwortlichkeit für das verlorene 3,25 Mio - Darlehen der Technischen Werke Eberswalde (TWE) an Brandstetters Entwicklungsgesellschaft Aeropark Finow GmbH gab. Und obwohl die Frage an Herrn Schulz gestellt war, wurde die Antwort von Herrn Kriewald, Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung, gleich mit unterschrieben. Damit wird in vorauseilendem Gehorsam gleich Rückendeckung für den Bürgermeister gegeben. Als ich mit der Antwort nicht zufrieden war, und in der StVV am 18.10. vom Nachfragerecht Gebrauch machte, hat dann weder der Bürgermeister noch der Vorsitzende der StVV darauf reagiert. Deshalb bleibt mir keine andere Möglichkeit, als selber Antworten auf meine Fragen zu suchen, was ich im folgenden versuchen will:

Unter anderem fragte ich den Bürgermeister: »Den Verlust des Darlehens vorausgesetzt, frage ich erstens: Hat der Millionenverlust disziplinarische Konsequenzen zur Folge? Zweitens: Wird die materielle Verantwortlichkeit gegenüber den Schuldigen geltend gemacht? Drittens: Wer übernimmt die politische Verantwortung für den Millionenverlust?«

Bei diesen Fragen ging ich davon aus, daß die StVV zwar das Darlehen in geheimer Abstimmung beschlossen hat um damit einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung zu leisten, die Abwicklung der Darlehensgewährung, d.h. die Ausreichung, Zweckbindung, Sicherung und Kontrolle durch die entsprechenden Gremien bzw. Verantwortungsträger zu gewährleisten war und dies nach allgemeinen Grundsätzen der Kreditgewährung. Daß sich die Abgeordneten dazu drängen ließen, einen mit heißer Nadel gestrickten »Rahmenvertrag zum Projekt Flugplatz Finow« als Tischvorlage zu beschließen (Notartermin 28.11.96, StVV-Beschluß am 6.12.96 !!), macht sie zu Mitschuldigen am Millionenverlust. Wegen der geheimen Abstimmung bleibt im Dunkeln, welche Abgeordneten ihre Zustimmung gaben und welche nicht.

Es hat auch keine Versuche gegeben, die Rechtmäßigkeit des Beschlusses anzufechten. Dabei hätte es durchaus Gründe dafür gegeben. Die Ausreichung von Darlehen verstieß z.B. gegen die Satzung der TWE. Erst 1998 wurde die Satzung dahingehend geändert, daß eine Darlehensgewährung überhaupt zulässig war. Der Rahmenvertrag war zudem auch nicht der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt worden. Und schließlich hätte sich ohnehin verboten, einen solchen Gegen-

stand als Tischvorlage zu behandeln. Angeblich bestand »dringender Handlungsbedarf, um Schaden für die Stadt abzuwenden«.

Schauen wir uns an, wie es nach dem Beschluß der StVV am 6.12.96 weiterging: Die TWE gewähren der Aeropark Finow GmbH sofort nach dem StVV-Beschluß ein unbefristetes Darlehen in Höhe von 3.250.000 DM. Bereits am 10.12.96 !! gewährt Aeropark Finow GmbH an die Flugplatz Finow GmbH ein ebenfalls unbefristetes Darlehen in Höhe von 2.500.000 DM. Mit Vertrag ebenfalls vom 10.12.96 gewährt die Flugplatz Finow GmbH ein bis 31.12.2000 befristetes Darlehen in Höhe von 2.340.000 DM an den Herrn Brandstetter, der diese Summe seiner Ehefrau überläßt. Frau Brandstetter schließlich leistet am 30.12.96 eine Akonto-Zahlung von 90 % auf 2.600.000 DM (= 2.340.000 DM) Kaufpreis an die Brandstetter Projektentwicklungsgesellschaft für ein zu errichtendes Wohn- und Geschäftshaus in bester Lage der Stadt Eberswalde (Breite Straße).

So sind die Energiegroschen der Eberswalder Bürger von den Stadtwerken über die TWE in Brandstetters private Kasse geflossen. Die vorgelegte Eile erklärt sich offensichtlich damit, daß die Sonderabschreibungen Ost nur bis 31.12.96 genutzt werden konnten. Die den Abgeordneten vorgetäuschte Dringlichkeit der Entscheidung zur Entwicklung des Flugplatzes war nicht gegeben. Durch die »Eile« wurde nicht Schaden für die Stadt vermieden, sondern erst möglich gemacht.



Bürgermeister Reinhard Schulz und der damalige TWE-Geschäftsführer Volker Voigt.

Wie konnte es Brandstetter gelingen, binnen 14 Tagen das Darlehen zu »privatisieren«? Weil das kleine Einmaleins der Kreditgewährung sträflich versäumt wurde.

Der Rahmenvertrag, in dem das Darlehen vereinbart wurde, enthielt keine Festlegung zum Verwendungszweck. Es war reine »Glaubenssache«, darauf zu vertrauen, daß das Darlehen der Flugplatzentwicklung dienen würde. Es gab keine Festlegungen, wie das Darlehen gewährt wird, z.B. gegen Vorlage der Rechnungen oder andere Nachweise für zweckgemäße Verwendung.

Laut Gesellschaftsvertrag der Aeropark Finow GmbH hätte der Geschäftsführer Brand-

stetter die Genehmigung des Gesellschafters einholen müssen. Obwohl die TWE Mitgesellschafter der Aeropark Finow GmbH waren, hatte Brandstetter völlige Handlungsfreiheit als Geschäftsführer, war offensichtlich allein zeichnungsberechtigt und vom § 181 BGB (Selbstkontraktion) befreit, obwohl die TWE aus eigenem Sicherheitsbedürfnis entgegenwirkende Lösungen hätte treffen mußte (vier-Augen-Prinzip). Zudem war das Darlehen praktisch nicht besichert. Die als Sicherheit vereinbarte »Rückzahlungsverpflichtung« war eine Farce, wie sich im Nachhinein zeigte.

Es ist schwer vorstellbar, daß der mit Brandstetter geschlossene Vertrag über die Gewährung des Millionendarlehens (»Rahmenvertrag«) vom Geschäftsführer und den Gesellschaftervertretern der TWE für seriös und vertretbar gehalten wurde. Wenn es nicht Vorsatz war, solch nachteiligen Vertrag abzuschließen, (nicht anzunehmen, weil die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen in dieser Sache eingestellt hat), so bleibt als Erklärung nur kaufmännische Unfähigkeit und grobe Fahrlässigkeit, die nach Konsequenzen schreit.

Notwendige Konsequenz wäre, daß der damalige Geschäftsführer der TWE für den eingetretenen Schaden disziplinarisch und materiell zur Verantwortung gezogen wird. Ebenso muß die Frage nach der materiellen Verantwortlichkeit des Bürgermeisters, Vorsitzender des Hauptausschuß und einziger hauptamtlicher Vertreter der Stadt als Gesellschafter der TWE, gestellt werden. Er ist insbesondere dafür verantwortlich, daß der Rahmenvertrag nicht der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt wurde und die TWE ein Darlehen gewährten, das lt. Geschäftszweck der TWE nicht gegeben werden durfte. Wer derart mit öffentlichen Geldern umgeht, hat das Vertrauen verloren, Meister der Bürger zu sein, und muß deshalb auch politisch die Konsequenz ziehen.

Nach marktwirtschaftlichen Spielregeln übernimmt ein Firmenchef die Verantwortung für ein Millionendesaster und tritt zurück. Die Verantwortlichen des Verlustes der Darlehensmillionen in Eberswalde verweisen nur darauf, daß die Stadtverordneten die (schlechten) Verträge abgesegnet haben und damit die Verantwortung kollektiv übernommen hätten. Und diese protestieren nicht, weil sie damit eigene Fehler eingestehen würden, nämlich daß sie sich zu Tischvorlagen hinreißen ließen und den Pferdefuß der Verträge nicht erkannt haben.

Eine Antwort auf meine Fragen kann ich also nicht erwarten, denn weder Bürgermeister noch Abgeordnete wollen, daß der Millionenverlust und die Verantwortung dafür erneut in die öffentliche Debatte kommen.

## »PDS ist Friedenspartei«

**Eberswalde (bbp).** Mit einer ausführlichen Diskussion zur aktuellen weltpolitischen Lage begann am 2. November in der Eberswalder Feuerwache eine Mitgliederversammlung der Eberswalder PDS, an der 44 Mitglieder und Gäste teilnahmen. »Die PDS ist eine Friedenspartei« – darin waren sich alle einig, auch wenn Ursachen und Folgen des Terroranschlags in den USA unterschiedliche Wertungen erfuhren. Während einige Redner die kapitalistische Produktionsweise und vor allem die imperialistische Machtpolitik der USA als die eigentlichen Ursachen der aktuellen Konflikte darstellten, konzentrierten sich andere in ihren Ausführungen auf die Gefahren, die von islamistischen Terroristen ausgehe. Krieg als Mittel zur Problemlösung lehnten alle Diskussionsredner ab. Im Kampf gegen internationalen Terrorismus solle die UNO die Hauptrolle spielen. Dazu müsse sich die Weltorganisation allerdings aus den derzeitigen Abhängigkeiten von den USA lösen.

Versammlungsleiter Volker Passoko informierte, daß sich die PDS Eberswalde aktiv im Eberswalder Friedensbündnis engagiert, das sich Anfang Oktober bildete (BBP 10/2001). Rolf Richter, parteiloser Stadtverordneter mit PDS-Mandat, brachte einen weiteren kommunalen Bezug in die Diskussion ein. Es sei ein Skandal, wie leichtfertig die Verantwortlichen in der Stadt mit den Daten ihrer Einwohner umgingen. Etwa 3.500 Personendatensätze seien im Zuge der sogenannten »Rasterfahndung« an das brandenburgische Innenministerium geliefert worden. (Seite 5)

Die Bundesrepublik generiert so ganz nebenbei zu einem undemokratischen Überwachungsstaat. Er habe den Aufschrei seiner Fraktionskollegen vermisst, als Dezernent Birk die Datenherausgabe zur Normalität verniedlichte, sagte Rolf Richter. Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor solcher Staatswillkür sei eine wichtige Aufgabe für die PDS.

Im Laufe der weiteren Tagesordnung berichtete Margitta Mächtig über den Dresdner Bundesparteitag der PDS am 6. und 7. Oktober, wurden die jüngsten Wahlergebnisse in Berlin diskutiert sowie über personelle und organisatorische Probleme informiert.

## Der Elfte September

Der 11. September wird mir unauslöschlich im Gedächtnis haften bleiben. Die Bilder gingen um die Welt. Der demokratisch gewählte Präsident nimmt selbst die Waffe in die Hand, um den Präsidentenpalast zu verteidigen. Flugzeuge greifen an. Rundherum sind Panzer in Stellung gegangen. Sie feuern Granaten auf den Präsidentensitz. Der Präsident verliert sein Leben. Mit ihm sterben an diesem Tag und in den folgenden Wochen tausende Menschen.

11. September 1973. Putsch in Chile. Mit Unterstützung des US-amerikanischen Geheimdienstes CIA stürzte das Militär unter Führung von General Pinochet den sozialistischen Präsidenten Dr. Salvador Allende. Die USA wollten ihren Hinterhof sauber halten.

Fast vierzehn war ich damals und von Idealen erfüllt, über die heutzutage nur noch gelacht wird. In meiner Schulklasse sammelte ich spontan Spenden für die Putschopfer. 74,85 Mark kamen zusammen.

Es war die Zeit der Geheimdienstaktionen und der Stellvertreterkriege. Die Welt sah sich in Einflußsphären geteilt. Den direkten Konflikt mit der anderen Weltmacht wollte im Zeitalter der Systemauseinandersetzung niemand riskieren.

Mit Salvador Allende starb die Hoffnung, auf bürgerlich-demokratischem Weg antikapitalistische Ziele erreichen zu können. Demokratie und Sozialismus erschienen als unvereinbare Dinge. Die Systemauseinandersetzung wurde als Klassenkampf definiert. Unter anti-imperialistischem Zeichen angetretene Guerillabewegungen blieben selbst nach siegreicher Machtergreifung wie in Angola, Mocambique und Nicaragua jahrzehntelang in Bürgerkriege verwickelt.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer Verbündeten 1985-91 kollabierte auch das labile militärisch-strategische Gleichgewicht. Sowjetverbündete wurden entmachtete (Afghanistan, Nicaragua) oder blieben auf sich allein gestellt. Bei so manchem blätterte die sozialistische Fassade ab und machte den Blick frei auf kleine Bonapartes. Die USA definierten ihre Interessensphären

neu. Der Golfkrieg von 1991 steht für den Übergang zu einer neuen Art von Weltherrschaftskriegen. Dabei setzen die übriggebliebene Weltmacht USA und ihre Nato-Verbündeten vor allem auf Hightech-Waffen, denen die per Medienkampagne zu Schurkenstaaten erklärten Kriegsgegner nichts entgegenzusetzen können. Gefühle von Ohnmacht und Hilflosigkeit auf der einen Seite, arrogantes Weltherrschaftsgebaren auf der anderen gehören zu den Merkmalen dieser Globalisierungskriege.

Doch mit dem 11. September 2001 begann eine neue Phase. Die Terroristen trafen die Machtsymbole der stärksten Militärmacht aller Zeiten. Völlig ohne Hochtechnologie, einfache Messer reichten. Tausende Unschuldige mußten dabei sterben. „Kollateralschäden“, der NATO-Begriff dafür.

Das beweist vor allem eins: Sicherheit ist nicht militärisch herzustellen.

Trotzdem reagierte die NATO mit der Ausrufung des Verteidigungszustandes. Nur, der Gegner ist nicht faßbar. Die Globalisierung macht ernst. Die Zeit nationaler Bewegungen ist vorbei. Die Kriegserklärung der NATO entbehrt deshalb nicht einer gewissen Lächerlichkeit. Es fehlt der Feind. Es gibt kein nationales Subjekt, das die USA und damit die NATO angegriffen hat.

Nun soll Afghanistan als Ersatzfeind herhalten. Dank der Nordallianz braucht man wahrscheinlich nichtmal eigene Bodentruppen einsetzen. Klar ist, den regierenden Taleban werden nur wenige eine Träne nachweinen. Ist Vergeltung geübt, darf weitergemacht werden wie bisher. Bis zum nächsten Terroranschlag.

Die Terroristen verdienen Strafe. Doch ein Krieg gegen den Terrorismus ist nicht gewinnbar. Krieg und Gewalt gebieren nur neue zu allem bereite Glaubenskämpfer. Deshalb muß es vor allem um den Nährboden gehen, auf dem Terrorismus gedeihen kann. Hunger und Perspektivlosigkeit in der einen Hemisphäre, Konzentration des Reichtums der Welt in der anderen – diese ungerechte Weltwirtschaft muß endlich beseitigt werden. Das wäre die beste Sicherheitspolitik.

GERD MARKMANN

## Barnimer Helden

Topmeldung im lokalen Tagesblatt: Der Kreisverwaltungsangestellte Lutz Kleinert (42) verpflichtet sich freiwillig für einen halbjährigen Bundeswehreininsatz im serbischen Kosovo und in Mazedonien. Das Risiko, bei diesem Einsatz zu Tode zu kommen, ist nach Recherchen jener Zeitung, eher gering. Bisherige Tote und Verletzte der deutschen Besatzungstruppen auf dem Balkan waren vor allem Opfer von Verkehrsunfällen und »Minenunglücken«. Soll heißen: nichtmilitärisch. Auf Minen treten ist demnach also sowas wie ein Verkehrsunfall.

Auf Oberfeldwebel Kleinert aus dem Barnimer Sozialamt warten zum Glück keine Familienangehörigen. So kann er sich unbeschwert der »großen Herausforderung« stellen, sich »bewähren« und mit guter Zusatzbezahlung bis an seine Grenzen gehen.

Kleinert ist gerne Soldat, sagt er. Sowas brauchen wir jetzt. Wo wir doch alle Amerikaner sind und in den Bergen Afghanistans den Terrorismus bekämpfen.

G.M. PS: Auch wir erfüllen hiermit pflichtgemäß die patriotische Pflicht zur patriotischen Berichterstattung. PPS: Ich wünsche Kleinert, daß er unversehrt und ohne getötet zu haben, zurückkehrt.

**Beratung  
für Kriegsdienstverweigerer  
mit Thomas Lehmann**

**Montag bis Freitag, 8 bis 18 Uhr**

Begegnungszentrum  
»Wege zur Gewaltfreiheit«,

16225 Eberswalde, Eisenbahnstraße 20,  
Tel. 03334/22498

## Rasterterror, Milzbrandstifter und Schläfertum

Einer Meldung der MOZ vom 14. Oktober 2001 zufolge hat das Einwohnermeldeamt der Stadt Eberswalde auf Anforderung des brandenburgischen Innenministers und auf Beschluß des Amtsgerichts Eberswalde die Datensätze von 3.566 Einwohnern ab Alter 18 Jahre zwecks Rasterfahndung an das Ministerium übergeben. Die Stadt Eberswalde hat etwa 44.500 Einwohner, davon sind ungefähr 36.900 älter als 18 Jahre. Jeder Elfte ist also ins Schläfer-Raster des Innenministers Schönbohm geraten.

Die Kriterien für die Rasterfahndung werden geheim gehalten. Studentenvertreter der Technischen Universität Berlin haben versucht, diese Kriterien aus den Berichten der Medien herauszufiltern. Danach ergibt sich folgendes Bild: arabische Herkunftsländer, islamische Religionszugehörigkeit, wirtschaftlich unabhängig, keine Kinder, polizeilich unbescholten, keine Fundamentalisten. Unbescholtenheit als Verdachtsmoment!

In der Stadt Eberswalde lebten per 31.12.2000 etwa 500 Bürger ausländischer Herkunft. Nicht etwa arabisch Sprechende, sondern Ausländer insgesamt. Hat sich vielleicht die MOZ in der Zahl der Datensätze geirrt? Als Stadtverordneter habe ich im Oktober in der Stadtverordnetenversammlung nachgefragt. Die Antwort des zuständigen Beigeordneten Birk: die Zahl ist nicht korrekt – es waren 100 Datensätze weniger, etwa 3450. So viele Moslems sind allerdings in Eberswalde bisher niemandem aufgefallen. Wenn es also nicht nur um Bürger ausländischer Herkunft oder gar um Moslems geht, dann bleibt die Frage, wer alles da noch durchgerastert wird. Wieviele Fliegen will Herr Schönbohm mit einer Klappe schlagen?

Rechtsgrundlage der Rasterfahndung sind die Polizeigesetze der Länder. Die sehen solche Maßnahmen allerdings nur zur unmittelbaren Gefahrenabwehr vor. Noch Anfang November haben BKA und Verfassungsschutz verlauten lassen, bisher gäbe es keinerlei Hinweise auf drohende Terroranschläge in Deutschland. Damit ist die rechtliche Handhabe für eine flächendeckende Rasterfahndung zumindest zweifelhaft und hätte eine gerichtli-

che Nachprüfung verdient. Es wäre Sache der Stadt gewesen, die Möglichkeit eines Einspruchs gegen die Entscheidung des Amtsgerichts zu prüfen. Schließlich haben auch die betroffenen Bürger Anspruch auf Schutz vor unberechtigter Verletzung ihrer persönlichen Daten. Die Verwaltung hat ihnen diesen Schutz verweigert. Es sei nicht ihre Aufgabe, Entscheidungen des Amtsgerichts anzufechten, sagte Herr Birk. Natürlich ist aber klar, daß die Stadt sehr wohl gegen Entscheidungen der Gerichte Rechtsmittel einlegt, wenn diese gegen »ihre« Interessen ausfallen. Doch die möglicherweise verletzten Rechte von 3.450 Einwohnern interessieren Herrn Birk eben nicht. Er hielt es auch nicht für nötig, vor Auslieferung der Daten die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten anzufordern. Es sei nicht Aufgabe der Verwaltung ... (siehe oben).

Die Datenschutzgesetzgebung ermöglicht Des Betroffenen, gegen die Verletzung ihrer Rechte Widerspruch einzulegen. Dazu müssen sie darlegen, daß sie betroffen sind. Das müssen sie allerdings erst einmal wissen, denn es wird ihnen ja nicht mitgeteilt. Es empfiehlt sich also für Leute, die ins Raster geraten sein könnten (*»polizeilich nicht aufgefallen, keine Fundamentalisten«*), beim Hauptamt der Stadt nachzufragen, ob ihre Daten ausgeliefert wurden.

Beinahe hätten übrigens Terroranschläge die möglicherweise fehlende Rechtsgrundlage für die Rasterfahndung nachgeliefert. Milzbrandanschläge in Thüringen und Schleswig-Holstein – der ORB sendete abends schon einen aufgeregten MDR-Brennpunkt im Stile der Kriegsberichterstattung. Und dann war das Ganze ein Flop. Dafür war man ziemlich erfolgreich bei der Feststellung von *»Trittbrettfahrern«*, aber das sind offenbar (zumindest zum Teil) Laiendarsteller. Größere Probleme haben da die US-Dienste. So schnell sie Beweise gegen Bin Laden als Drahtzieher der Anschläge hatten (die sie allerdings nicht vorzeigen können), so unfähig erwiesen sie sich bisher, die Herkunft der Milzbrand-Briefe aufzuklären. Bleiben nur Fragen, die aber niemand stellt:

Die Piloten, die die Flugzeuge entführten und deren Flugrouten-Codes kannten, haben ihre Boeing-Kenntnisse offenbar auf Basen der US-Air Force erworben. Wer suchte sie aus und brachte sie dort hinein? Beim Milzbrand scheint die Herkunft klar: der waffenfähige strain Ames wurde in Labors der US-Army gezüchtet. Die USA haben jahrzehntelang Biowaffen entwickelt und auch noch beibehalten, als das per Konvention verboten war. Der Milzbrand-Stamm wurde eben zur Entwicklung von Gegenmitteln benötigt. Aber wie gelangte er und wer brachte ihn hinaus? Wer hat die Kenntnisse und Mittel, gefahrlos damit umzugehen? Warum gab es ein Todesopfer, das in einem Krankenhaus angestellt war? Sehr viel Nebel also. Nur eines ist offensichtlich. Denen, die gern den übertriebenen Schutz der zivilen Bürgerrechte zurückstutzen würden, paßt die Milzbrand-Angst gut ins Konzept.

Wenn Ihnen jemand auf die Schulter klopf und sagt *»Ehrlich währt am längsten«*, dann wissen Sie, daß er Sie verdächtigen will. Damit sind wir an einem Punkt, der von unseren Sicherheitschefs mit Sicherheit immer noch unterschätzt wird: die deutsche Folklore verharmlost das Schläfertum. *»Wer schläft, sündigt nicht!«* Oder nehmen wir Altmeister Wilhelm Busch: *»Das Gute, dieser Spruch steht fest, ist stets das Böse, das man läßt.«* Solche Sprüche sind unverantwortlich.

Da tröstet es nicht, daß die überwiegende Mehrzahl der Eberswalder nicht zu den Harmlosen rechnet. Über dreitausend Unbescholtene – das ist einfach zuviel. Wenigstens einen kleinen Steuerbetrug oder ein saftiges Zollvergehen kann man doch von jedem anständigen Bürger verlangen, der die Arbeit der Sicherheitsbehörden unterstützen will. *»Wo man vertut, da laß dich ruhig nieder. Gute Menschen stehlen hin und wieder«* – das ist heute eine passende Devise. Schließlich ist die Welt doch nun eine gänzlich andere. Oder hat da jemand etwas einzuwenden?

ROLF RICHTER

*Am 12. Juli des Jahres 2003*

*lief folgender Funkspruch rund um die Erde:  
daß ein Bombengeschwader der Luftpolizei  
die gesamte Menschheit ausrotten werde.*

*Die Weltregierung, so wurde erklärt, stelle fest,  
daß der Plan, endgültig Frieden zu stiften,  
sich gar nicht anders verwirklichen läßt,  
Als alle Beteiligten zu vergiften.*

*Zu fliehen, wurde erklärt, habe keinen Zweck.  
Nicht eine Seele dürfe am Leben bleiben.  
Das neue Giftgas krieche in jedes Versteck.  
Man habe nicht einmal nötig,  
sich selbst zu entleiben.*

*Am 13. Juli flogen von Boston eintausend  
mit Gas und Bazillen beladene Flugzeuge fort*

### Das letzte Kapitel

von Erich Kästner

*und vollbrachten, rund um den Globus sausend,  
den von der Weltregierung befohlenen Mord.*

*Die Menschen krochen winselnd unter die Betten.  
Sie stürzten in ihre Keller und in den Wald.  
Das Gift hing gelb wie Wolken über den Städten.  
Millionen Leichen lagen auf dem Asphalt.*

*Jeder dachte, er könne dem Tod entgehen.  
Keiner entging dem Tod, und die Welt wurde leer.  
Das Gift war überall. Es schlich wie auf Zehen.*

*Es lief die Wüsten entlang.  
Und es schwamm übers Meer.*

*Die Menschen lagen gebündelt wie faulende Garben.*

*Andre hingen wie Puppen zum Fenster heraus.  
Die Tiere im Zoo schrien schrecklich,  
bevor sie starben.*

*Und langsam löschten die großen Hochöfen aus.  
Dampfer schwankten im Meer, beladen mit Toten.  
Und weder Weinen noch Lachen  
war mehr auf der Welt.*

*Die Flugzeuge irrten, mit tausend toten Piloten,  
unter dem Himmel und sanken brennend ins Feld.*

*Jetzt hatte die Menschheit endlich erreicht,  
was sie wollte.*

*Zwar war die Methode nicht ausgesprochen human.  
Die Erde war aber endlich still und zufrieden  
und rollte,  
völlig beruhigt, ihre bekannte elliptische Bahn.*



## Stiftung Wissenszentrum

**Bernau (bbp).** Zur Unterstützung des Barnimer Wissenszentrums will die Bernauer PDS-Bürgermeisterkandidatin Kerstin Bauer neue Wege gehen. Über eine Bürgerstiftung mit einem Kapitalstock von einer halben Millionen Mark sollen Projekte des Gymnasiums und des Oberstufenzentrums gefördert werden. Beabsichtigt sind auch Stipendien sowie Partnerschaften mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Kerstin Bauer will ihre Idee unabhängig vom Wahlausgang umsetzen. Sie beabsichtigt, die Stiftungsgelder von Privatpersonen, Unternehmen und Institutionen auch über die Region Bernau hinaus einzuwerben.

## Disko-Linie der BBG

**Krüge (bbp).** Die Freitagdiskothek des Eberswalder Verein HIBBZ im Kulturhaus Krüge gehört seit Anfang der 90er Jahre fest in den Terminplan tanzwütiger Jugendlicher. Oft zieht die Jugenddisko mehr als 400 Besucher an, die meisten aus Eberswalde. Viele ältere Jugendliche fuhrten mit dem Auto und nahmen jüngere Freunde mit. Nicht alle aber verzichteten auf das Disko-Bier.

Die jahrelangen Bemühungen des HIBBZ-Vereins um einen sicheren Transport der Jugendlichen zur Disko und wieder nach Hause, tragen nun Früchte. Die Barnimer Busgesellschaft richtete eine spezielle Disko-Linie ein.

Jeden Freitag um 18 Uhr startet der Bus in der Finowfurter Triftstraße. Er fährt über Finow (H.-Rau-Str., 18.08 Uhr), Eberswalde (Boldtstr., 18.22 Uhr), Trampe (18.40 Uhr) und Gersdorf (18.45 Uhr) nach Krüge. Für die jüngeren Diskobesucher beginnt um 23.10 Uhr die Rückfahrt über Gersdorf, Trampe, Eberswalde nach Finowfurt mit Ankunft um Mitternacht. Für die über 16jährigen steht der Rückbus ab 1 Uhr bereit. Hin- und Rückfahrt kosten zusammen vier Mark. Für eine Einzelstrecke müssen drei Mark berappt werden.

## Gemeindefusion Finowfurt – Groß Schönebeck

# Entschieden wird von den Bürgerinnen und Bürgern

Seit April diesen Jahres stehen die Weichen in Groß Schönebeck und Finowfurt auf eine Fusion beider Gemeinden. Die Für und Wider wurden kontrovers diskutiert. Der Schönebecker Bürgerentscheid am 30. September bestätigte die sichtbare Tendenz, daß viele Bürgerinnen und Bürger der Region den von den Volksvertretungen eingeschlagenen Weg mittragen. Die endgültige Entscheidung fällt am 11. November. Dann entscheiden die Bürgerinnen und Bürger von Finowfurt über die geplante Fusion.

Befremden muß, daß sich immer wieder Politiker von außerhalb, insbesondere aus Eberswalde, in die Diskussion einmischen. Die vorgetragenen Argumente, wonach Finowfurt viel

11. November: Bürgermeisterwahl in Bernau

## »Starke Wirtschaft für Soziales und Kultur«

*Eine junge Frau fordert CDU und SPD heraus*

**Bernau (bbp).** Die Bürgerinnen und Bürger der zweitgrößten Stadt im Landkreis Barnim wählen am 11. November ihren Bürgermeister neu. Gute Chancen rechnet sich insbesondere Amtsinhaber Hubert Handke (CDU) aus. Wenig aussichtsreich dagegen der SPD-Kandidat Michael Hellmund. Gefahr für den Amtsinhaber geht von einer jungen Frau aus. Die 29jährige Kerstin Bauer tritt für die PDS an. Es wird erwartet, daß sie sich ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen mit Handke liefern wird.

Schwerpunkte für ihre künftige Tätigkeit sieht die PDS-Kandidatin vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. *»Mit Bernau kann es nur voran gehen«,* sagt sie, *»wenn wir Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Arbeit sorgt für gesicherte Einkommen. Das ist für mich das zentrale Vorhaben in der nächsten Amtszeit. Wenn unsere Wirtschaftskraft stark ist, verfügen wir über ein hohes Steueraufkommen. Damit stehen unserer Stadt mehr Gelder zur Verfügung. Ich will starke Finanzen, damit kommunale Selbstverwaltung nicht auf der Strecke bleibt. Wenn eine PDS-Bürgermeisterin für eine gute Wirtschafts- und Finanzpolitik eintritt, stehen auch mehr Gelder für öffentliche Aufträge, für Soziales und Kultur zur Verfügung.«*

In Bernau seien die kleinen und mittelständischen Betriebe das Potential für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze. *»Deshalb werde ich mich vor allem um unsere Betriebe vor Ort kümmern. Mit dem Wirtschaftsausschuß werde ich das längst fällige Standortkonzept voranbringen.«* Mit einer *»Neuen Gründerzeit«* will Kerstin Bauer innovative Ideen fördern und umsetzen und den Standortvorteil durch die stadteigenen Gesellschaften viel stärker als bisher nutzen. Mit einem abrechenbaren Aus-



Die diplomierte Verwaltungswirtin Kerstin Bauer sammelt seit 1991 Erfahrungen in verschiedensten Bereichen der Verwaltung. Seit drei Jahren ist sie Referentin des Berliner Stadtbezirksbürgermeisters von Marzahn-Hellersdorf Uwe Klett.

bildungsplan will sie alle Akteure in der Stadt und im Kreis für mehr Ausbildungsplätze gewinnen. Gute Chancen habe Bernau als Tourismus- und Gesundheitsstandort und als Sportstadt. Dabei soll Bernau eine Stadt im Grünen bleiben.

Weitere Schwerpunkte sieht sie in der Schaffung und Beibehaltung von Voraussetzungen für eine *»offene, freundliche, solidarische Gemeinschaft aller hier Lebenden«*. Soziale Betreuung, ein vielgestaltiges Vereinsleben sowie Erhalt und Erweiterung eines vielfältigen kulturellen Angebots sind für sie wichtig. *»Ein Schwimmbad und eine neue Sporthalle müssen gebaut werden.«* Optimale Bedingungen für das Heranwachsen der Kinder und Jugendlichen liegen ihr besonders am Herzen. Die weitere Entwicklung Bernaus soll im ausgewogenen Verhältnis für alle Stadtteile erfolgen. Im Sinne einer *»Stadt der kurzen Wege«* tritt sie für öffentliche und wohnortnahe Dienstleistungen ein.

Weitere Informationen bieten die Internetseiten der drei Bewerber [www.kerstinbauer.de](http://www.kerstinbauer.de), [www.hubert-handke.de](http://www.hubert-handke.de) und [www.spd-bernau.de](http://www.spd-bernau.de).

Stadtpolitiker verfehlte den Zweck, die Finowfurter von der beabsichtigten Fusion mit Groß Schönebeck abzuhalten. Im Gegenteil, die zum Teil mit Drohgebärden verbundene und kaum verborgene Arroganz wirkte wie Wasser auf die Mühlräder der Schorfheide-Aktivistinnen.

Den politisch Verantwortlichen aller Ebenen muß eines klar sein. Einvernehmliche Lösungen von Problemen können nur mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern gefunden werden. Das gilt insbesondere auch für die Gemeindegebietsreform.

Entscheiden werden letztlich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Alles andere hat nichts mit Demokratie zu tun.

HEINZ DOBBERSTEIN

## »Herr Schulz will diese Frage nicht beantworten«

**Eberswalde (bbp).** Genervt zeigte sich der Eberswalder Bürgermeister Reinhard Schulz auf der Einwohnerfragestunde der Oktoberstadtverordnetenversammlung. Thomas Gilles von der Bürgerinitiative gegen den Flugplatzausbau formulierte Fragen, die dem Bürgermeister sichtlich unangenehm waren.

Das im April 2001 veröffentlichte Exposé zum Verkauf des Flugplatzes Finow, so Gilles, spreche von »kommunalem Größenwahn«. Im Geleitwort zum Exposé reden der Finowfurter Bürgermeister Uwe Schoknecht, Landrat Bodo Ihrke und Eberswaldes Bürgermeister Reinhard Schulz vom »Ausbau des Flugplatzes Finow zu einem zeitgemäß ausgestatteten Regionalflughafen«, der für die Entwicklung der Region »von großer wirtschaftsstrategischer Bedeutung« sei und deshalb »höchste Priorität« genieße. Dem Käufer der Tower Finow GmbH, der mit dieser Gesellschaft verbundenen Flugrechte und des rund 370 ha großen Flugplatzareals mit der 2520 Meter langen Start- und Landebahn wird in dem Exposé angetragen, den Flugplatz zu einem Flughafen auszubauen mit Startmassen bis zu 150 Tonnen. Thomas Gilles fragte, ob es bereits jemanden gebe, der die Flugplatzgesellschaft übernimmt bzw. einen Antrag auf den Ausbau zum Flughafen gestellt habe.

Nachdem Tower-Finow-Geschäftsführer Robby Segebarth über Verhandlungen mit einer Interessengruppe Eberswalder Unternehmer informierte und die Frage zum Ausbau verneinte, fühlte sich Bürgermeister Schulz durch Nachfragen zu der kurz angebundenen Antwort gedrängt: »Die Stadt will die Tower Finow GmbH verkaufen«. Planungsmäßige Vorbereitungen der Weiterentwicklung gäbe es nicht. »Wir werden abwarten«, sagte Schulz. Weil man vom »jetzigen Zustand«

ausgehe, sei auch die Forderung nach einem Raumordnungsverfahren aus der neuen Satzung des Flugplatzzweckverbandes gestrichen worden. Zur Nachfrage, »Sie halten fest am Ausbau des Flugplatzes zu einem Flughafen?«, erklärte Schulz: »Wir halten fest am Flugverkehrskonzept des Landes.« Dem folgten ausweichende Antworten auf die Frage, wieso die neue Zweckverbandssatzung extra die Möglichkeit erweitert wurde, bei ihren Sitzungen die Öffentlichkeit auszuschließen.

Schließlich fragte Thomas Gilles, ob Reinhard Schulz für sich als Bürgermeister eine persönliche Verantwortung für den Verlust der 3,25 Millionen Mark aus dem Darlehen der Technischen Werke an die Aeropark Finow GmbH sehe. Schulz verwies darauf, daß damals die Stadtverordneten über das Darlehen entschieden hätten. Das in dem Zusammenhang angestrebte Verfahren der Staatsanwaltschaft wegen dem Verdacht der Untreue sei inzwischen eingestellt worden. »Ich fühle mich nicht persönlich verantwortlich. Ich stehe weiter zu dem Beschluß.«

Auf die Nachfrage, ob auch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen Bestechlichkeit ebenfalls eingestellt worden sei, verweigerte der Bürgermeister eine Antwort. Er überließ es dem StVV-Vorsitzende Rainer Kriewald, mitzuteilen: »Der Bürgermeister will diese Frage nicht beantworten.«

Wie der lokalen Tageszeitung wenige Tage später zu entnehmen war, ermittelt die Staatsanwaltschaft Potsdam weiterhin gegen Schulz wegen des Verdachts der Bestechlichkeit. Er soll 30.000 Mark für einen rechtswidrigen Stellplatzablösevertrag erhalten haben. Die Staatsanwälte wollen das Verfahren noch in diesem Jahr abschließen, ebenso wie das gegen Josef Brandstetter.

genen Kandidaten. Wie der SPD-Ortsverein mitteilte, haben die Eberswalder Genossen ihrem Kandidaten besondere Probleme aufgezeigt, bei denen sie auf seine Hilfe hoffen. Höchste Priorität für die SPD Eberswalde haben ausschließlich Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, wie die Realisierung der B 167 neu, die Verbindungsstraße zwischen Finow und Biesenthal sowie die Schaffung eines Radweges entlang der B 167 zwischen Eberswalde und Tornow. Weil Markus Meckel Hilfe bei der Lösung dieser Probleme fest zusagte, wurde er schließlich einstimmig von der Eberswalder SPD nominiert.

Wie kurz nach Redaktionsschluß bekannt wurde, hat inzwischen auch die CDU einen Uckermärker zu ihrem Direktkandidaten für den Bundestag erkoren. Ein Kreisparteitag in Schwedt gab dem 24jährigen Henryk Wichmann aus Lychen das Vertrauen.

## Dezernent zurechtgewiesen

**Eberswalde (bbp).** Mit Empörung reagierten die Mitglieder des städtischen Ausschusses für Kita und Schule auf die vom zuständigen Dezernenten Lutz Landmann verfügten Absetzung der seit langem geforderten Informationen zum Planungsstand der baulichen Sanierungen für die in städtischer Trägerschaft befindlichen Schulen. Ausschußvorsitzende Christa Wendt (SPD) kritisierte auf der StVV-Sitzung am 18. Oktober vor allem, daß der Dezernent den Punkt ohne jegliche Begründung von der Tagesordnung strich. Im Ausschuß war von Mißachtung der Abgeordneten die Rede. Christa Wendt forderte den Dezernenten auf, die Begründung nachzuholen und einen Alternativvorschlag vorzulegen.

## Lokale Agenda 21

### Stadtverwaltung fühlt sich nicht verantwortlich

**Eberswalde (bbp).** »Wer ist in der Stadtverwaltung«, fragte anläßlich der Einwohnerfragestunde der Eberswalder Bürger Reimer Lohse, »konkret für den Prozeß der Lokalen Agenda 21 verantwortlich und als Ansprechpartner genannt. Wer ist verantwortlich, daß das Leitbild der Stadt Eberswalde entsprechend den Anforderungen der Lokalen Agenda 21 überarbeitet wird?«

Baudezernent Dr. Prüger antwortete, daß eine Arbeitsgruppe »Leitbild« gebildet worden sei, in der Vertreter der Fachhochschule und des Agenda-Vereins mit weiteren Eberswaldern zusammenarbeiten. Dabei verwies Prüger auf den Präsidenten der Fachhochschule und Vorsitzenden des Vereins Lokale Agenda 21 Eberswalde Prof. Günther Vahrson als geeigneten Ansprechpartner.

Angesichts dieser Antwort reagierte Reimer Lohse mit verständnislosem Kopfschütteln: »Ich fragte, wer in der Stadtverwaltung verantwortlich ist. So wie ihr das handhabt, ist es eine Verhöhnung für die Dritte Welt.«

## Abwasser im Gespräch

**Eberswalde (bbp).** Zu einer Beratung über die Probleme im Zusammenhang mit dem Zweckverband für Wasserver- und Abwasserentsorgung (ZWA) Eberswalde trafen am 7. November Bürgermeister Reinhard Schulz und die Fraktionsvorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung mit Vertretern der Bürgerbewegung für bezahlbare Wasser- und Abwasserpreise zusammen.

Bereits zwei Tage vorher berieten die Vertreter der beiden Eberswalder Regionalgruppen Ost und West der Bürgergemeinschaft Kommunalabgaben Barnim e.V. (BKB) über das weitere Vorgehen. Sie machten klar, daß sie für Kompromisse zu Angelegenheiten, bei denen noch Gerichtsverfahren laufen, nicht zur Verfügung stehen.

## SPD Eberswalde:

# Straßenbau hat Priorität

**Eberswalde (bbp).** Als erste Eberswalder Partei legte sich die SPD auf einen Kandidaten für die Bundestagswahlen im Herbst nächsten Jahres fest. Am 10. Oktober nominierte der Ortsverein den Außenminister der letzten DDR-Regierung Markus Meckel.

Die Reduzierung der Zahl der Bundestagsabgeordneten hatte eine Neuaufteilung der Wahlkreise zur Folge. Der Landkreis Barnim verteilt sich danach künftig auf zwei Wahlkreise. Das Gebiet um Bernau bildet mit Märkisch-Oderland einen Wahlkreis. Dort will die bisher auch für Eberswalde zuständige Bundestagsabgeordnete Petra Bierwirth antreten. Eberswalde und Umgebung dagegen gehört künftig zum uckermärkischen Wahlkreis, in dem seit 1990 Markus Meckel regelmäßig das Bundestagsdirektmandat errang. Angesichts Meckels Prominenz verzichtete die Eberswalder SPD von vornherein auf einen ei-



Im Land Brandenburg stehen aktuell etwa 150.000 Wohnungen leer, damit hat sich der Wohnungsleerstand gegenüber dem Jahr 1996 fast verdoppelt. Die Ursachen sind bekannt und die Entwicklung war lange absehbar: Das Ende traditioneller Industriestandorte nach dem Zusammenbruch der DDR und Abwanderung der dort lebenden Menschen; Verwirklichung neuer Wohnformen und damit verbunden Wohnungsneubau – vor allem von Einfamilienhäusern; hinzu kam ein in Brandenburg nicht zu unterschätzender Bestand von Wohnungen aus der Konversion militärischer Liegenschaften.

Zum hohen Leerstand beigetragen haben in nicht unerheblichen Maße die Subventionen der Baubranche durch Sonderabschreibungen unter der Kohlregierung, wodurch völlig am Markt vorbei in Immobilien investiert wurde und eine aufgeblähte Baubranche entstand, die derzeit in einer schweren Krise ist. Kein Wunder: Der brandenburgische Wohnungsbau befindet sich notwendigerweise im Abwärtstrend. Wen wundert da noch, daß die Branche – entgegen sonstigen Forderungen nach Deregulierung und Senkung der Staatsausgaben – gemeinsam mit den Kommunen nach mehr Förderung durch die öffentliche Hand rufen, z.B. in Form von Investitionsprogrammen, und auch gehört wurden.

Der Wohnungsteerstand ist also nicht konjunkturell bedingt, vielmehr handelt es sich um einen strukturellen Leerstand, der in Deutschland bisher beispiellos ist und für dessen Lösung es keine Patentrezepte gibt. Der Leerstand verteilt sich entsprechend den strukturellen Unterschieden zwischen dem »Berliner Speckgürtel« und den sich entleerenden berlinfernen Regionen nicht gleichmäßig auf das Land, sondern konzentriert sich auf einzelne Standorte. Die am ärgsten betroffenen Wohnungsunternehmen müssen mit einem Leerstand von 35 Prozent kämpfen. Beispiele sind Lauchhammer, Schwedt oder Wittenberge. Orte, die durch die Deindustrialisierung nach 1989 besonders hart getroffen wurden.

Der Wohnungsüberschuß ist jedoch nicht nur ein Problem der ostdeutschen Länder, Franziska Eichstädt-Böhlig, wohnungs- und baupolitische Sprecherin der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, warnt ihrem Beitrag »Stadumbau als Chance« im aktuellen AKP-Heft: »Aber auch Westdeutschland muß sich der Überprüfung des baupolitischen Instrumentariums endlich stellen. Denn das Thema Leerstand könnte auch dort in einer Reihe von Städten und Regionen bald auf der Tagesordnung stehen, wenn es nicht schon soweit ist. Schon heute registriert die Immobilienwirtschaft wachsende Wohnungsleerstände in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Die Leerstandsquoten in Salzgitter und Bremerhaven liegen heute schon bei über 7%. Dem faktischen Bevölkerungsrückgang zum Trotz wird die Zersiedlung aller Orten weiter forciert. Dem akuten Problem der sozialen Entmischung wird der Leerstand in bestimmten sozi-

## Im Osten geht die Birne um

von Michael Ahlers

**Mit der Birne ist natürlich nicht Helmut Kohl gemeint. Vielmehr handelt es sich um eine andere Abrißbirne, die in der ostdeutschen Städtebaupolitik der Zukunft keine unwesentliche Rolle spielen dürfte.**

*al und baulich problematischen Stadtteilen folgen. Der Westen wäre gut beraten, jetzt nicht mißgünstig auf die Finanzforderungen der Ost-Länder zu reagieren, sondern gerade das Umsteuern in der Steuer- und Förderpolitik aktiv zu unterstützen – im eigenen Interesse. Ostdeutsche Themen sind gesamtdeutsche Themen.«*

Die Folgen des massiven Wohnungsleerstandes haben Auswirkungen auf soziale und stadtgestalterische sowie auf sozialpolitische und wirtschaftliche Bereiche. Die wesentlichen Wirkungen sind:

1. Verstärkte soziale Entmischung mit der Folge der Entstehung sozialer Brennpunkte; damit der Verstärkung des Negativimages von betroffenen Stadtteilen und einer sozialräumlichen Polarisierung der Stadtentwicklung.
2. Beeinträchtigung des Wohnumfeldes und des Stadtbildes insgesamt.
3. Entstehung eines Wohnungsmarktes, der kaum Anreize zu Investitionen bietet, was zum Sanierungstau führt bzw. die Schließung vorhandener Lücken verhindert.
4. Sinkende Auslastung und schließlich Aufgabe von Infrastruktureinrichtungen wie Schulen und Kitas, aber auch gewerblicher Einrichtungen, damit verbunden eine sich selbst verstärkende Negativentwicklung betroffener Städte oder Stadtteile.
5. Wirtschaftliche Bedrohung von kommunalen und privaten Wohnungsunternehmen durch sinkende Mieteinnahmen und hohe Folgekosten der Leerstände.

Diese Probleme zu bewältigen, dürfte eine der wesentlichsten Aufgaben der Kommunalpolitik in den nächsten Jahren sein. Da es, wie schon gesagt, unterschiedliche gelagerte und unterschiedlich starke Probleme gibt, ist kein Patentrezept zur Problemlösung in Sicht. Deshalb müssen vor Ort auf der Basis einer gründlichen Problemanalyse Handlungskonzepte erarbeitet werden. Bei der Erarbeitung dieser Handlungskonzepte muß von vornherein auf eine größtmögliche Einbeziehung unterschiedlicher Interessensgruppen gesetzt werden (Kommunale Verwaltung, Politik, Wohnungsfirmer, Bürgerschaft). Das beste Konzept nützt nichts, wenn es wegen mangelnder Akzeptanz nicht umsetzbar ist.

### Beispiel Eberswalde

#### Abwanderung und Wohnungsleerstand

Seit 1989 sind mit 11.500 etwa 20 % der ehemals 55.000 EinwohnerInnen aus der Stadt abgewandert. Eine Bevölkerungsprognose des Landesumweltamtes aus dem Jahr 1998 geht

von einer Einwohnerzahl von etwa 40.500 im Jahr 2015 aus. Allerdings läßt die Tatsache, daß die Prognose von 43.700 Einwohnern für das Jahr 2005 bereits in diesem Jahr unterschritten wird, eher darauf schließen, daß die Abwanderung noch dramatischer ausfallen könnte... Es ist derzeit kaum zu prognostizieren, auf welchem Niveau sich die Bevölkerungszahl stabilisieren wird. Der massive Bevölkerungsschwund hat zur Folge, daß in Eberswalde heute etwa 3.000 Wohnungen leer stehen, die Leerstandsquote im Geschoßwohnungsbau beträgt ca. 15 %. Betroffen sind vor allem Altbauten (vor 1948) mit einem Leerstand von 20-25 %. In Plattenbauten beträgt der Leerstand ca. 10 %. Räumliche Schwerpunkte des Leerstands sind das Sanierungsgebiet (Stadtzentrum, 20-25 %) und das größte Plattenbauviertel der Stadt (Brandenburgisches Viertel, 22 %). Beim Leerstand zu berücksichtigen sind natürlich auch lokale Besonderheiten. Eberswalde hat die Struktur einer Bandstadt, die aus mehreren Siedlungen entlang des Finowkanals zusammenwuchs. Die Stadt wird heute auf ihrer gesamten Länge von der Bundesstraße 167 durchzogen. Entlang dieser Straße sind die Gebäudeleerstände wegen der Folgeprobleme des Verkehrs besonders hoch.

Zusätzlich zur Problematik Abwanderung wurde der Wohnungsmarkt auch aus anderer Richtung beeinflusst: Nach 1989 wurden dem städtischen Wohnungsmarkt mehr als 1.000 Wohnungen aus dem Konversionsbestand und ca. 600 Neubauwohnungen zugeführt.

#### Konzepte für Wohnungspolitik und Städtebau

Der wohl wichtigste Schritt zur Lösung der anstehenden Probleme scheint mentaler Natur. Wenn in unserer auf Wachstum fixierten Gesellschaft plötzlich Schrumpfungprozesse zu bewältigen sind, dann tun sich viele Verantwortliche schwer damit. In Eberswalde kommt hinzu, daß man nach 1989 mit einem starken Bevölkerungswachstum rechnete. Von bis zu 100.000 zukünftigen Einwohnern war die Rede. Dementsprechend wurde zahlreiche Infrastrukturplanungen und -maßnahmen in Angriff genommen. Die Wende euphorie ist verflogen. Die Arbeitslosigkeit stagniert weiter auf sehr hohem Niveau, die Abwanderung verstärkt sich den letzten Jahren wieder, trotz sinkender Masse.

Im zweiten Teil des zuerst im GBK Kommunalrundbrief Nr. 59 (Sept. 2001) erschienen Beitrages lesen Sie, welche Wege die Stadt Eberswalde gehen kann, um den Problemen des Wohnungsleerstands beizukommen.



## Heizkosten: Standortbestimmung

In der BBP Nr. 6-8 hatte ich geraten, aufzupassen auf die Preisentwicklung für Fernwärme. Die Preiserhöhung pro MWh durch die Stadtwerke ab 1.7.2000 und dann der rabiate Sprung ab 1.1.2001 um insgesamt 35 % in einem Jahr war nicht allein verursacht durch höhere Preise für Energieträger. Sie war von vornherein auch darauf gerichtet, die Kostenstruktur und den Gewinn der Stadtwerke zu verbessern, die Gewinnabführung an die Technischen Werke zu erhalten und damit kommunale Aufgaben zu finanzieren – auf Kosten der Mieter. Die Artikel in der MOZ vom 9.10.01 über die Stadtwerke, vom 24.10.01 zur finanziellen Schieflage der Technischen Werke und der sachliche wie eindeutige Beitrag von Gerd Markmann in der BBP Nr. 10 über den ehemaligen Goldesel bestätigen diese Einschätzung eindeutig.

Die dürftige Notiz im Amtsblatt 3/01 ist die letzte Information an die Mieter: »*Drastisch gestiegene Weltmarktpreise für Öl und Gas müssen weitergereicht werden*«. Die Taktik des Schweigens, vollendete Tatsachen zu schaffen, Monat für Monat durch erhöhte Heizkostenvorauszahlung schon jetzt zu kassieren, wird, wie erwartet, fortgesetzt. Das wird vom Bürgermeister Schulz als Vorsitzenden des Aufsichtsrates gebilligt. Drei an ihn gerichtete Briefe blieben unbeantwortet.

Von der WHG habe ich einige Informationen erhalten, andere werden verweigert. Zum Beispiel wurde der Preis pro MWh im III. und IV. Quartal nicht genannt. Eine Klausel im Vertrag hätte Preisänderungen pro Quartal ermöglicht. Für Januar und Februar wurde, vernünftigerweise, die Steigerungsrate des 2. Halbjahres 2000 von 7,9 % beibehalten. Warum auch darüber die Mieter nicht informiert wurden – die Geschäftsführung wird es wissen. Bei der Betriebskostenabrechnung (BKA) für 2001 haben wir zu unterscheiden zwischen dem Jahresdurchschnittspreis pro MWh und dem MWh-Preis per Dezember 2001. Dieser ist aus der BKA nicht zu erkennen. Dafür muß man die Abrechnungen der Stadtwerke pro Haus einsehen. Für 2002 fehlt noch jede Orientierung.

Der Fernwärmeanteil, der aus Heizöl entsteht, wird, trotz mehrmaliger Frage, verschwiegen. In einer Formel zur Bildung des Arbeitspreises (Marktpreis per Formel?) geht Heizöl mit einem Anteil an den Energieträgern von über 20 % in diesen Preis ein. Das ist falsch. In einem bundesweiten Preisvergleich von 163 Fernwärmeerzeugern erscheinen die Stadtwerke Eberswalde mit 95 % Gasanteil. Dennoch, so in den Briefen der WHG, ist Heizöl eine »*Preisführungsgröße*«. Es werden 95 % Gasanteil an den Heizölpreis »*gekoppelt*«. Das bei eventuell 5 % Öleinsatz! Der Ölpreis wird »*zeitversetzt*« zugrunde gelegt. So wurde der Fernwärmepreis für das I. und II. Quartal 2001 aus den Ölpreisen des II. und III.

Quartals 2000 gebildet, als diese den Höchststand erreichten. Vermutlich auch der Mwh-Preis des III. und IV. Quartals 2001. Inzwischen sind die Ölpreise gesunken, der Gaspreis gefallen. »*Weitergereicht*« werden nur Preiserhöhungen.

Den Begriff des marktgerechten Preises für Fernwärme verwendet die WHG nicht. Doch »*vom Wasser haben wir's gelernt*« singen ausgefuchste Wanderburschen und fragen: Welcher Markt darf es denn sein, Brandenburg oder der Barnim?

In dem genannten Preisvergleich, der die Preiserhöhungen vom 1.10.2000 bis 1.4.2001 erfaßt, erscheinen unter den 163 Fernwärmeerzeugern auch weitere Betriebe aus Brandenburg und dem Barnim. Zum Beispiel:

Angermünde (100 % Gas)	Preissteigerung 36,1 %	auf 160,76 DM/MWh
Bernau (96 % Gas)	Preissteigerung 48,3 %	auf 123,27 DM/MWh
Bad Freienwalde (Öl)	Preissteigerung 14,1 %	auf 129,58 DM/MWh
Brandenburg (98 % Gas)	Preissteigerung 0	102,67 DM/MWh
Eisenhüttenstadt (Bezug)	Preissteigerung 0	93,75 DM/MWh
Potsdam (99 % Gas)	Preissteigerung 0	96,39 DM/MWh
<small>(alles Nettopreise ohne MwSt.)</small>		

Eberswalde erscheint dort nur deshalb mit einer Preissteigerung von 25,7 %, weil der Stichtag der 1.10.2000 ist. Bezogen auf den 30.6.2000 bleibt es bei 35 % und 115,55 DM/MWh netto, mit Mehrwertsteuer 135 DM.

Daß andere noch skrupelloser sind, ist kein Grund für diese Preissteigerung. Das sind Brennstoffkosten. Der Mieter zahlt Heizkosten einschließlich anteiliger Zählermiete, Leasinggebühren für Wärmemessgeräte, Abrechnungsgeldern dieser 163 Betriebe sind immerhin 3 aus Brandenburg. Angermünde belegt nach Wismar einen unrühmlichen 2. Platz. Von den 15 teuersten Erzeugern dieses Vergleichs kommen 11 aus dem Osten Deutschlands. Warum wohl? Weil die ostdeutschen Heizwerke das Gas zu teuer kaufen oder weil die Kommunen, die hinter vielen Heizwerken stehen, sich auf diese Weise Geld beschaffen? »*Stabilisierung der Haushalte*« hieß es im Vorfeld der Landratswahl.

Barnim oder Brandenburg kann nicht der Maßstab sein. Die Gasleitungen enden weder an der Grenze des Barnim noch an der Landesgrenze. Der deutsche Binnenmarkt und der vom Statistischen Bundesamt erfaßte Preistrend für Fernwärme, der natürlich von Preiskungelei negativ beeinflusst wird, bietet die Orientierung. Im 2. Halbjahr 2000 stieg der Preis im Bundesdurchschnitt um 4,6%. In Eberswalde um 7,9%. Im 1. Halbjahr 2001 erhöhte sich der Bundestrend um 8%. In Eberswalde der Preis um 27%.

Auch das passiert: In Höhe des unberechtigten Anteils wird eine Steigerung des Bruttoinlandprodukts vorgegaukelt, die nicht da ist, wird Mehrwertsteuer kassiert ohne Mehrwert. Die Mieter zahlen.

Doch die Rechnung der Erfinder dieser Preisaktion wird wohl aufgehen. Die Mieter werden auch noch den Rest dieser indirekten Kommunalsteuer zahlen. In Eberswalde 135 DM/MWh, in Bernau 144 DM und in Angermünde gar unverantwortliche 187 DM. Widerstand gibt es noch nicht. Für die gewählten Abgeordneten ist es kein Thema, weder in der Stadt, noch im Kreis, noch im Landtag. Keine Partei reagiert. Die Bürgerbewegung wohnt im Eigenheim. Der Landrat zeigt die kalte Schulter. Andere verstecken sich hinter der kalten Schulter. Von Einsicht und Besinnung auf Verantwortung ist bisher nichts zu erkennen. Die »*mündigen Bürger*« aus der Wendezeit sind heute nicht mehr gefragt. Befreiung von der Rentenerhöhung, das bleibt uns erhalten.

Wer sich auf Widerspruch gegen diese Position der Betriebskostenabrechnung 2001 einstellt,

sollte über eine Rechtsschutzversicherung nachdenken. Das ist möglich nach Mitgliedschaft im Mieterverein. Es muß nicht der Oberbarnimer sein, von dem seit Jahren nichts zu hören war. Es kann auch ein Mieterverein in Schwedt, Strausberg, Frankfurt oder Berlin sein. Diese Versicherung greift allerdings erst drei Monate nach Beitritt. Das Problem entsteht mit der Abrechnung Mitte nächsten Jahres. Eine Mitgliedschaft und Beitritt zur Versicherung ab Jahresbeginn sichert den Anspruch auf Versicherungsschutz.

LOTHAR BURKHARDT

## Garagengrundstücke

**Eberswalde (bbp).** Nutzer von städtischen Garagengrundstücken werden aufgefordert, unter Mithilfe der existierenden Bürgerinitiative, in den Garagenkomplexen für den jeweiligen Standort Interessengemeinschaften zu bilden, die nach ihrer Bildung ihre generelle Bereitschaft zum Kauf der zugehörigen Grundstücke anzeigen. Diesem Antrag der PDS stimmte die Mehrheit der Eberswalder Stadtverordneten auf der Sitzung am 18. Oktober zu. Lediglich vier Stadtverordnete enthielten sich der Stimme.

Auf Ablehnung stieß die Forderung, aufgrund der zu erwartenden Stadtbildverbesserungen, eines geringeren Stellplatzbedarfes in den Wohngebieten sowie der finanziellen und verwaltungstechnischen Entlastung, den Kaufpreis auf 10 DM/m<sup>2</sup> zu begrenzen. Diesem Teil stimmten nur fünf PDS-Stadtverordnete zu. Drei weitere PDS-Abgeordnete enthielten sich der Stimme (Richter, Triller, Sponner). Ebenfalls abgelehnt wurde die Forderung nach Errechnung der Kosten für Erwerbs und Unterhalt der Garagenkomplexe.

Garagen- und Erholungsgrundstücke:

## Ursache des Problems bleibt

**Eberswalde (bbp).** Im Frühjahr dieses Jahres ging eine Meldung durch die Presse, daß die Stadtverwaltung mit der Androhung einer Zwangsvollstreckung gegen Grundstücksnutzer vorging, die die geforderten Nutzungsentgelterhöhungen nicht bezahlt hatten. Es stellte sich heraus, daß die Drohung mit dem Gerichtsvollzieher keine rechtliche Basis hatte und angeblich einem Versehen geschuldet war. Die Grundstücksnutzer sahen sich dadurch zu einer Zahlung gedrängt, die sie sonst nicht geleistet hätten. Der Finower Martin Satka nutzte die Einwohnerfragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 18. Oktober, um deswegen bei der Stadtverwaltung nachzufragen

1. Wie viele Grundstücksnutzer haben die unzulässige Androhung einer Zwangsvollstreckung erhalten?
2. Wie viele Grundstücksnutzer haben daraufhin die strittige Nutzungsentgelterhöhung gezahlt?
3. Hat die Stadtverwaltung nach Feststellung des „Fehlers“ diesen Bürgern mitgeteilt, daß diese Art der Zahlungsaufforderung unzulässig war und sich entschuldigt?
4. Hat die Stadt die so erwirkten Zahlungen wieder erstattet, um für den Grundstücksnutzer den gleichen Rechtsstatus wieder herzustellen, wie vor der unzulässigen Androhung der Zwangsvollstreckung?

Die Stadtverwaltung verschickte insgesamt 173 Vollstreckungsbescheide, davon 29 auf den falschen Formularen. 22 Grundstücksnutzer bezahlten daraufhin die Forderung, sieben Fälle sind noch offen. Insgesamt hätten inzwischen etwa die Hälfte der ursprünglichen Widersprüchler, freiwillig bezahlt, antwortete die Stadtverwaltung. Von einer Entschuldigung war nicht die Rede. Weil die Forderungen nach Auffassung der Stadt rechtens waren und sind, wurden auch keine Rückzahlungen an jene vorgenommen, die trotz des falschen Formulars sich auf eine Zahlung einließen.

»Der Hintergrund meiner Fragen ist die Art des Umgangs mit den Bürgern in Rechtsfragen«, meinte Martin Satka. Die relativ geringe Rechtskenntnis der Bürger dürfe die Stadt nicht dazu verleiten, sich Vorteile als Stadt zu Lasten der Bürger zu beschaffen. »Auch wenn Stadt und Bürger in bestimmten Fällen Vertragspartner sind, so bleibt die Stadt doch das Gemeinwesen der Bürger. Rechtssicherheit und Vertrauen auf Rechtschaffenheit der Stadt gegenüber den Bürgern sollten oberstes Gebot sein.«

Nicht aus Einsicht hätten die Bürger gezahlt, sondern aus Sorge vor gerichtlicher Auseinandersetzungen. Für die Stadt sei das Problem auch dann nicht aus der Welt, wenn sie die restlichen Zahlungsunwilligen zur Zahlung „überzeugt“ hat, denn es bleibe die Belastung des sozialen Friedens.

Einwohnerfragestunde der StVV Eberswalde

## ZWA-Schuldenabbau noch 20 bis 25 Jahre

Auf der 30. Einwohnerfragestunde Ende September fragte Dr. Günther Spangenberg nach Einzelheiten des »Schuldenberges von über 300 Millionen Mark« des ZWA. Die schriftliche Antwort des ZWA liegt inzwischen vor und wurde seitens der Stadtverwaltung weitergeleitet:

### 1. Wie ist der Schuldenabbauplan gestaltet?

**Antwort:** Der ZWA arbeitet nicht nach einem sogenannten „Schuldenabbauplan“. Die Tilgungsleistungen erfolgen entsprechend den Kreditverträgen und den Zahlungsplänen mit den Banken. Die Tilgungen sind im Wirtschaftsplandokumentiert,

### 2. In welchem Jahr werden die Schulden abgebaut sein?

**Antwort:** Dies ist schwer einschätzbar. Das hängt von mehreren Faktoren ab. So zum Beispiel von der Höhe der kalkulatorischen Abschreibungen (Abschreibungen von Anlagegütern haben meistens langfristigen Charakter) in den Gebühren und damit also von der Höhe des Gebührensatzes. Weiterhin spielt dabei die Entwicklung der Einwohnerzahlen, des Gewerbes und der Industrie sowie natürlich indirekt auch der Wasserverbrauch eine Rolle. Die Umschuldungen sind hierbei auch zu beachten.

Insgesamt kann aus heutiger Sicht eingeschätzt werden, daß in 20 bis 25 Jahren die Kredite wohl nicht restlos getilgt sein werden.

### 3. Welche Schulden wurden mit den Zahlungen der Bürger getilgt?

**Antwort:** Im wesentlichen die Differenz von 305,2 Mio DM zu 291,0 Mio DM. (siehe auch Antwort zu Frage 4). Entsprechend dem Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg werden die Tilgungssummen aus den kalkulatorischen Abschreibungen finanziert. Die kal-

kulatorischen Abschreibungen sind Bestandteil der Verbrauchs- und Entsorgungsgebühren, jedoch nach Beschluß der Verbandsversammlung vermindert um die Abschreibungen auf fördermittelfinanziertes Anlagevermögen, um die Belastungen der Bürger geringer zu gestalten. Diese Verfahrensweise ist nach Kommunalabgabengesetz vorerst bis zum 31.12.2003 möglich.

### 4. Sind die Schulden angestiegen?

**Antwort:** Nein. Der ZWA hat insgesamt 305,2 Mio DM Kredite für Investitionen ursprünglich aufgenommen oder von der MWA i.L. und den Kommunen (das waren anteilig rd. 48,5 Mio DM) übernommen. Die Aufnahme von Krediten für Investitionen ist nur möglich, wenn diese in den von der Verbandsversammlung zu beschließenden Plänen eingestellt sind und die Kommunalaufsicht diese Kreditaufnahmen genehmigt. Diese gesetzlich vorgeschriebene Verfahrensweise ist bis 1995 praktiziert worden. Seit 1996 sind keine Kredite mehr aufgenommen worden,

Der valutierte Wert der langfristigen Darlehen betrug Ende 2000 rd. 291,0 Mio DM, der sich wie folgt auf die Sparten aufteilt:

Trinkwasser: 34,9 Mio DM; leitungsgebundene Schmutzwasserbeseitigung: 229,8 Mio DM; mobile Schmutzwasserbeseitigung: 10,8 Mio DM; Niederschlagswasserbeseitigung: 15,5 Mio DM. Bei der Niederschlagswasserbeseitigung bestehen seitens des ZWA erhebliche Forderungen gegenüber der Gemeinde Finowfurt.

Eine Vielzahl von Grundstückseigentümern verweigert z.B. die Bezahlung der Grundstückanschlußkostenerstattungsbescheide und der Beitragsbescheide. Diese Gelder sollten für Kredittilgungen eingesetzt werden, um die Zinsbelastungen zu senken.

Kommunalpolitik in Eberswalde:

## StVV entscheidet nur über 3 - 5 % des Haushalts

**Eberswalde (mm).** Am 25. Oktober fand auf Einladung der AG Senioren der PDS Eberswalde in der Gaststätte »Bierakademie« eine Gesprächsrunde zur Kommunalpolitik statt. Über 50 Interessierte, darunter Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete, trafen sich zum Gedankenaustausch. Margitta Mächtig, PDS-Kreistagsfraktionsvorsitzende erläuterte die neuen Bedingungen für Kommunalpolitik. Diese ergeben sich aus der internationalen Lage, vor allem aber aus den Bestrebungen, das Konzept der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik hin zur totalen Überwachung zu verändern. Zudem wirken sich die Entscheidungen der Europäischen Union zur Gestaltung des sogenannten »freien Marktes« unmittelbar auf die Kommunen aus.

Die Eberswalder PDS-Stadtverordneten Maria Kausch, Hans Pieper, Rolf Richter, Fred Spöner und Wolfgang Sachse schilderten in

der mehr als zweistündigen Diskussion die Herausforderungen, denen sie sich im Zusammenhang mit Entscheidungen zum Haushaltsplan und damit der weiteren Entwicklung der Stadt gegenübersehen. »Über die Verwendung von 3 bis 5 Prozent des gesamten Jahreshaushaltes können Abgeordnete entscheiden, alles andere ist vorgeschrieben«, sagte Maria Kausch. Albrecht Triller machte auf Ungeheimheiten der finanziellen Ausstattung der Stadtwerke aufmerksam. Darüber hinaus gab es zahlreiche Fragen zum Straßenbau. Ein älterer Bürger machte auf die Gefährdung für Schulkinder an der dichtbefahrenen B 167 Höhe Ortsausgang Finow aufmerksam. Auch die weitere Entwicklung in der Clara-Zetkin-Siedlung und die Rolle der LAGA für den weiteren Imageaufbau der Stadt sowie die weitere Verfahrensweise zum Flugplatz waren Gegenstand der Diskussion.



Land Brandenburg:

## „Ja, wir wollen 19 Mio DM auf Kosten der Kitas sparen“

**Potsdam (bbp).** Nun ist sie da, die Antwort auf die Kleine Anfrage des Eberswalder Landtagsabgeordneten Heinz Dobberstein zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung im Jahr 2002, die der PDS-Abgeordnete auf Bitten des Ausschusses Kita und Schule der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung Mitte Februar eingereicht hatte. »Ja«, heißt es in der Antwort, »die Vorlagen der Landesregierung für den Doppelhaushalt und für das Haushaltsstrukturgesetz sehen vor«, durch eine vorzeitige Änderung des bestehenden Kitagesetzes bereits 2002 ca. 19 Millionen DM (ca. 10 Millionen Euro) einzusparen.

Wie vermutet funktioniert das so, daß für die Berechnung der Landeszuschüsse »die vom Landesbetrieb für Datenverarbeitung und

Statistik für das Jahr 2002 prognostizierte Zahl der Kinder bis zum vollendeten zwölften Lebensjahr zugrunde gelegt« wird. Nach derzeitiger Rechtslage würde die tatsächliche Zahl der Kinder zum Stichtag 31.12.2000 über die Höhe der Zuschüsse entscheiden. »Die Berücksichtigung aktueller Kinderzahlen«, so die Landesregierung, ermögliche »eine zeitnähere Anpassung der Landeszuschüsse«. Aufgrund der stark zurückgehenden Kinderzahlen ergibt sich dadurch die erwähnte Einsparung für das Land.

Weil sich die Auszahlung der Landeszuschüsse nach den prognostizierten Zahlen verwaltungsmäßig zu kompliziert gestaltet erfolgt die Verteilung der Zuschüsse weiterhin aufgrund der tatsächlichen Kinderzahl des Jahres

2000. Um die zu verteilende Gesamtsumme zu ermitteln, wird ein Betrag von 536,50 Euro (ca. 1050 DM), den die Presse bereits im Sommer als den für 2002 gültigen Pauschalbetrag handelte, mit der für 2002 prognostizierten Gesamtzahl der Kinder multipliziert. Da die tatsächliche Kinderzahl Ende 2000 zum Zeitpunkt der Fragenbeantwortung noch nicht bekannt war, könne der tatsächliche Zuschuß pro Kind noch nicht beziffert werden.

Auf die Frage, welche Vorstellungen die Landesregierung habe, wie die Städte und Gemeinden die erneut eintretenden finanziellen Mehrbelastungen verarbeiten sollen, verweigerte die Landesregierung unter Verweis auf die laufende Behandlung im Landtag die Antwort.

DGB-Regionsdelegiertenversammlung Uckermark/Barnim

## Lageanalyse und zukunftsweisende Beschlüsse

Am 6. Oktober führte die DGB-Region Uckermark/Barnim im Hotel „Haus Chorin“ in Chorin ihre Regionsdelegiertenversammlung durch.



In seinem Geschäftsbericht berichtete der Regionsvorsitzende Olaf Himmel über die katastrophale Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Region.

Der DGB Bezirksvorsitzende Berlin/Brandenburg Dieter Scholz führte in seinem Grußwort unter anderem aus : „...ist das Glas Wasser nun halbvoll oder halbleer in den neuen Ländern? Schauen wir uns die Entwicklung in Ostdeutschland an, dann macht sich Ernüchterung breit. Seit Jahren wird im Vergleich zum Westen hier weniger investiert, beim Wirtschaftswachstum stagnieren die neuen Länder, die Kommune erreichen nur einen Bruchteil der Steuerkraft ihrer westlichen Schwestern. Die Angleichung der Lebensverhältnisse tritt auf der Stelle. Trotz schöner Worte, trotz des Solidarpaktes. Wir müssen hier und heute feststellen: Wolfgang Thierse hat mit seiner Behauptung, die wirtschaftliche und soziale Lage stehe auf der Kippe, den Nerv getroffen. Er hat leider recht gehabt.“

Weiter erklärte Scholz : „Nur noch jeder dritte Arbeitnehmer erhält den Tariflohn in Brandenburg, in manchen Branchen sind es noch weniger. Die Erfahrungen zeigen leider: Lohnverzicht sichert nur kurzfristig Arbeitsplätze. Fehlendes Marketing, Innovationschwäche und eine wacklige Infrastruktur

können auch durch noch so viel Lohnverzicht nicht ausgeglichen werden.

Die soziale Lage einer Gesellschaft ist auf lange Sicht auch Motor oder Bremse der ökonomischen Verhältnisse, wie letztlich auch der demokratischen Verhältnisse. Und die Politik hat es vor allem über Steuer- und Sozialpolitik in der Hand zu entscheiden, ob die gesellschaftliche Verteilung zum Motor oder zur Bremse wird. Insbesondere die offenbar kontraproduktive Bescheidenheit von gewerkschaftlicher Tarifpolitik und öffentlicher Haushaltspolitik muß revidiert werden.

Sparen darf nicht zum Selbstzweck werden, allen muß klar sein, wohin die Reise geht. Es darf nicht sein, daß sich die einen jeden Bissen vom Munde absparen und die andern sparen sich einfach die Steuern! Wir brauchen Steuergerechtigkeit in Deutschland!

Seit 1997 bleibt das Wachstum in Ostdeutschland hinter dem im Westen zurück. Diese Entwicklung hat sich ab 1998 beschleunigt. Im Jahre 2000 waren die Wachstumsraten dann im Westen dreimal so hoch! Das schlägt sich natürlich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder: Die Arbeitslosenquote ist in den neuen Ländern fast doppelt so hoch wie im Westen.

Die Reichen dürfen in Deutschland nicht aus der Pflicht entlassen werden, ihren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu leisten. Von der Umverteilungspolitik der vergangenen Jahre haben sie ausgiebig profitiert. Seit 20 Jahren sinken die Gewinnsteuern kontinuierlich, während vor allem die Arbeitnehmer über die Massensteuern das Steuersäckel füllen. Eine schwache Binnenkonjunktur und zurückgehende öffentliche Investitionen sind die Folgen.

Leider entlastet die rot-grüne Steuerreform Unternehmen und Kapitaleinkommen weit

stärker als andere. Die Verteilungsschere geht noch weiter auf, stellt eine Studie unseres Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) fest. Jeder sechste Haushalt in Ostdeutschland muß mit weniger als 2000 Mark auskommen; im Durchschnitt verfügt ein ostdeutscher Haushalt über 75 Prozent des Haushaltseinkommens im Westen. Jeder elfte Deutsche lebt unterhalb der Armutsgrenze.

Mit Blick auf die neuen Länder haben wir eine Initiative zur Wiedereinführung der Vermögensteuer gestartet. Auch in Sachen Vergabegesetz und Tarifreue haben DGB und Gewerkschaften an einem Strang gezogen.“

Auf der Grundlage dieses Referates diskutierten die Gewerkschaftler die derzeitige Situation in der Region und die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte. Deutlich wurde dabei das Bestreben und der Willen der DGB Gewerkschaften mit allen gesellschaftlichen Kräften partnerschaftlich zusammen zu arbeiten, um die wirtschaftliche Entwicklung und die Arbeitsmarktsituation in unserer Region zu verbessern. Grundforderung der Gewerkschaften sind: ein Vergabegesetz, berufliche Erstausbildung im Dualen System, Tarifgerechte Entlohnung, sozialpolitisch verträgliche Gestaltung der EU Osterweiterung.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der neue Regionsvorsitzende für die DGB Region Uckermark/Barnim gewählt. Mit 95,2 Prozent erhielt der Kollege Olaf Himmel, wieder das Vertrauen der Delegierten. Diese hohe Zustimmung der Delegierten drückte die Anerkennung der bisherigen Arbeit und für die formulierten Arbeitsschwerpunkte der nächsten vier Jahre aus. Die Gewerkschaften benannten in dieser Versammlung ihren neuen ehrenamtlichen Regionsvorstand.

DGB Uckermark/Barnim

## Gymnasium in Wandlitz soll bestehen bleiben

Am 23. Oktober ging es auf einer Veranstaltung am Wandlitzer Gymnasium um die künftige Schulentwicklungsplanung und damit ganz direkt auch um die Zukunft des Gymnasiums Wandlitz.

Richtig ist, daß der Kreis über die Schulentwicklungsplanung entscheidet. Deshalb sollten die Kreistagsabgeordneten ganz genau ihre Verantwortung wahrnehmen. Sie entscheiden nämlich. Zu oft hat sich ein Dezernent angemäßt, seine Position als unumstößlich darzulegen und die Meinungen anderer per Finanzzwänge zu manipulieren. Mal klappt's, mal eben nicht.

Ich möchte die Alternative des Ministeriums aufgreifen. Das hieße, sich mit kleineren Klassen anzufreunden. Das bedeutete auch, daß sich der Unterricht sicher besser auf das unterschiedliche Niveau der Schüler ausrichten ließe. Folge wären gut motivierte Lehrer und natürlich bestens auf ein späteres Studium ausgerichtete Jugendliche.

Ich möchte nicht die Schließung von Standorten vordergründig vom Faktor »Finanzen« diktiert wissen. Es ließen sich Betriebskosten einsparen – sicher. Langfristig wären Millionen für Investitionen in einigen Schulen vom Tisch. Das klingt für Finanzpolitiker alles sehr verlockend. Aber jetzt zu kurz gedacht und zu schnell gespart, hieße, sich aus der Verantwortung für die Jugend zu stehlen.

Ein Argument der Eltern ist nicht zu verachten. Es lautet: Wohnortnähe. Viele ließen sich bei Umzügen bisher davon leiten. Daß auch die Kommune vor Ort vom positiven Image einer Schule profitiert, liegt auf der Hand. Wandlitz hat sich darauf eingelassen. Es ist viel geschehen im Ort. Noch vor Jahren war es deprimierend, Grundschule (in kommunaler Trägerschaft) und Gymnasium (kreisliche Trägerschaft) zu vergleichen. Vor allem Treppen- und Flurbereiche, Toiletten und etliche Klassenräume sahen im Gymnasium recht heruntergekommen aus. Trotzdem waren die Lehrer hoch motiviert. Die Schüler hatten sich gleichfalls mit »ihrer« Schule identifiziert. Es schwang ein gewisser Stolz mit, wenn sie auf Fragen antworteten, sie Projekte erwähnten bzw. man die Auszeichnungen an der Wandzeitung neben dem Büro des Schulleiters studierte.

Wer sich jetzt die Mühe macht, die Neuerungen im Gymnasium zu betrachten, könnte denken: es wird so bleiben.

Für eine kontinuierliche Arbeit ist Zukunftssicherheit notwendig. Ich will, daß wir sie dem Gymnasium Wandlitz geben. Ich will, daß wir in ehrlichen Diskussionen unsere Positionen benennen. Ich will, daß das Gymnasium weiter in der Schullandschaft des Kreises Bestand hat – auch nach dem Jahr 2008.

WALTRAUD DOBCZINSKI,  
Kreistagsabgeordnete

## Sozialistische Lohnarbeit?

In ihrem Beitrag »Die unterschiedlichen Rhythmen der Linken« (ND, 6./7.10.2001) beziehen sich Diether Dehm (stellv. PDS-Vorsitzender) und Sabine Kebir (Schriftstellerin und Literaturwissenschaftlerin) auf Karl Marx, nach dem das Kapital die Lohnarbeit »über die Grenzen ihrer Naturbedürftigkeit hinaus« treibe und somit »die materiellen Elemente für die Entwicklung der reichen Individualität« schaffe. Die beiden setzen hinzu, Marx habe dies »schon für den Kapitalismus« angenommen. Bemerkenswert daran ist der Zusatz »schon«. Offensichtlich halten sie die Lohnarbeit für ein Phänomen, das auch in einer nachkapitalistischen Gesellschaft dominiert. Dementsprechend ihre Schlußfolgerung, Sozialismus sei eine »Leistungsgesellschaft, in der dem Privatprofit durch ein übergeordnetes Gesetz der Solidarität Grenzen gesetzt sind, z.B. durch eine gerechte Steuerpolitik«.

Es scheint ein unter Linken weit verbreitetes theoretisches Defizit im Bereich der politischen Ökonomie zu geben, das für deren ausgesprochen differenzierte ideologische Verworfenheit sorgt.

Das beginnt mit der Bewertung des »realen Sozialismus«. Ökonomisch gesehen ging dieser nicht über den Versuch hinaus, in einigen Ländern der kapitalistischen Peripherie eine nachholende Modernisierung in Gang zu setzen. Der im »realsozialistischen Weltsystem« praktizierte zentralisierte Staatskapitalismus mit sehr eingeschränkten bürgerlichen Freiheiten zeitigte unter Bedingungen einer vorrangig extensiv erweiterten Reproduktion durchaus einige Erfolge. Spätestens mit der sogenannten dritten (mikroelektronischen) industriellen Revolution war damit jedoch Schluß. Die »realsozialistischen« Länder waren weder in der Lage den Anforderungen der fortschreitenden Globalisierung, also der ökonomischen Integration durch Welthandel und Finanzmärkte, gerecht zu werden, noch konnten die notwendige Kapitalkraft für die technologische Erneuerung der Produktionsmittel aufbringen. Die daraus folgende verringerte Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt machte die Erwirtschaftung von Devisen immer schwieriger und engte die Möglichkeiten für die Erneuerung der Produktionsbasis weiter ein. Mit dem Ergebnis, daß sich 1989/90 die meisten »realsozialistischen« Staaten als selbständige Nationalökonomien auflösten.

Der »realsozialistische« politische Überbau entsprach übrigens durchaus den Anforderungen der staatskapitalistischen Basis. Der praktizierte, mit sozialistischen Phrasen verbrämte Bonapartismus mit seinen teilweisen feudalabsolutistischen Erscheinungsformen stellte die adäquate Form der versuchten ökonomischen Aufholjagd dar. Nur so konnten die vorhandenen geringen materiellen Ressourcen überhaupt mobilisiert werden.

Diether Dehm und Sabine Kebir kommen dieser Einschätzung nahe, wenn sie die Oktoberrevolution statt als sozialistische eher als antikoniale Revolution bezeichnen. All das, was die Autoren als sozialistische Errungenschaften anführen, gibt es indes, soweit sie nicht sowieso Fiktion waren, mehr oder weniger ebenso in der sogenannten »sozialen Marktwirtschaft«. Tarifverträge, gesetzliche Sozialstandards, parlamentarisch-demokratische Rechte etc. haben sicher auch etwas mit der gehabten »Systemkonkurrenz« zu tun. Im Wesen sind sie jedoch innerkapitalistische Angelegenheiten und Ergebnisse innerkapitalistischen Klassenkampfes. Sozialismus auf »gerechte Steuerpolitik« zu reduzieren, die dem Privatprofit »Grenzen setzt«, bleibt in diesem Rahmen. Bleibt Kapitalismus. Vielleicht verbesserter oder sozialer Kapitalismus.

Das Hoffen auf eine solche Perspektive läßt aber einerseits außen vor, daß die aktuelle Globalisierungsentwicklung des Kapitalismus gerade den fordistischen »Sozialstaat« überrollt (wie im übrigen jeden Nationalstaat). Andererseits negiert ein solches Herangehen die Notwendigkeit und mit Fortschreiten der mikroelektronischen Revolution auch immer erkennbarer werdenden Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus.

Die »über die Grenzen ihrer Naturbedürftigkeit hinaus« getriebene Lohnarbeit schafft die Voraussetzungen für die Aufhebung dieser Lohnarbeit. Für den »Rhythmus der Linken« unverzichtbar ist ein Hinausdenken über die kapitalistischen Grenzen hinweg. Die Grenzen des »Realsozialismus« eingeschlossen. Das sprengt die Dimensionen bisher Gedachten. Bei Marx finden sich entsprechende Ansätze.

Natürlich gehört zu den Tagesaufgaben der Linken, auch weiterhin für eine Begrenzung des Privatprofits zugunsten der Allgemeinheit, für eine gerechtere Steuerpolitik, für mehr parlamentarische Demokratie etc. zu kämpfen. Nur sollte klar sein, daß dies rein innerkapitalistischer Kampf bleibt. Der u.U. die Ausgangsbedingungen für eine neue Gesellschaft verbessern kann. Von den ökonomischen Voraussetzungen her gestalteten sich die objektiven Bedingungen für Sozialismus nie besser als heute. Wir stehen am Beginn einer Entwicklung, die erst die Voraussetzungen für eine nachkapitalistische Gesellschaft ohne Lohnarbeit (ohne Ausbeutung) und mit ausgeprägter Individualität schafft.

Ohne diese Dimension aus dem Auge zu verlieren bleibt natürlich als aktuelle Aufgabe der Linken, und nicht nur dieser, das Umschlagen der ungebremst losgetretenen Produktivkräfte in totale Destruktivität zu verhindern.

Mit einfacheren Worten: Kampf für Frieden, gegen die globalen sozialen Ungerechtigkeiten sowie für den Schutz von Natur und Umwelt.

GERD MARKMANN



# Bin Laden und die CIA

Seit dem 11. September kennen wir den Herrn Bin Laden aus allen Massenmedien. Rauschebart, Arabertuch und bei Gelegenheit eine russische Maschinenpistole – das ist der Feind Nr. 1 für die USA und die gesamte Zivilisation also. Seit wann ist er eigentlich so sehr gefährlich?

Wie Roland Jaquard in seinem in Frankreich erschienenen Buch »*Au Nom D Osamar Bin Laden*« schreibt, ist Bin Laden ein Ex-CIA-Agent aus Saudi-Arabien, der in der Golf-Region amerikanische Interessen zu schützen hatte, bis ihn die USA nach getaner Arbeit mangels Bedarf fallen ließen. Das hat den Herrn Laden so gekränkt, daß er nun nicht mehr nur an Stühlen der wohl auch recht korrupten Führung von Saudi-Arabien sägen wollte, sondern nach Möglichkeit dem Westen ebenfalls eins überbraten möchte.

Herr Jaquard sieht ihn in einer sektenähnlichen Organisation eingebunden. Ziel ist unter anderem die Wiedervereinigung von Sunniten und Schiiten (vergleichbar vielleicht mit dem Versuch, Katholiken und Reformierte wieder in einer Kirche zu sammeln). Zornige Reden Bin Ladens gegen dekadente westliche Lebensart und arabische Korruptionsverbindungen in Staaten Westeuropas und die USA entbehren – wie ich finde – nicht unbedingt eines glaubhaften Hintergrundes, über den ein ex-CIA-Mann sogar ein wenig mehr wissen könnte.



Geländewagen mit aufgebaumtem Maschinengewehr gehören zur Standardbewaffnung der Talebanmilizen.

Fahndet die USA nun deshalb mit so heftigen Mitteln nach dem Kerl, weil er mit seinem Insiderwissen schnell ausgeschaltet werden soll? Reicht vielleicht die Dienstvorschrift des CIA für die Bestrafung von Überläufern oder Verrätern sogar bis zur Bombardierung vermutlicher Aufenthaltsorte?

In Frankreich kam weiteres brisantes Material zu Tage. Die große Zeitung »*Le Figaro*« (Quelle: Deutschlandfunk) berichtete über ein durch viele unabhängige Zeugnisaussagen bestätigtes Treffen eines Konsuls, der gleichzeitig CIA-Agent war, im Juli 2001 in Dubai mit Osamar Bin Laden. Es gab aber nicht nur ein konspiratives Geschäftstreffen, sondern der Herr Laden gestatte sich zu dieser Zeit gerade eine Behandlung wegen eines Nierenleidens im amerikanischen Krankenhaus von Dubai. Vielleicht hatte er als Ex-Mitarbeiter der USA dort noch etwas gut. Kunstfehler oder befohlenes Pfuscher der Ärzte hat er dort anscheinend

nicht befürchtet. Würden Sie in einem solchen Krankenhaus CIA-Agenten, die Ihnen hinterherjagen sollen, am Bett des besten amerikanischen Krankenhauses empfangen? Als cleverer Terrorist würden Sie doch sicher bessere Zeitpunkte und Orte finden für ein so existenzbedrohliches Gespräch.

Bin Laden hat sich aber anders entschieden. Der besagte Konsul hat sich hinterher mit dem Treffen gebrüstet, was Zeugen bestätigen. Was mag wohl so wichtiges im Krankenzimmer verhandelt worden sein. Der Chefredakteur des »*Le Figaro*« nimmt an, daß der kurz darauf folgende Abflug des Konsuls in die USA zum Zweck der Berichterstattung über dieses Gespräch stattfand. Ich kann mich des Verdachts nicht erwehren, daß die offizielle Darstellung von Bin Laden durch die US-Behörden nicht ganz der Wahrheit entspricht.

Dazu paßt auch die Meldung des »*Le Figaro*«, daß französische Agenten die Vertreter der USA über die Festnahme eines arabischen Mannes in Dubai – August 2001 – informierten, der angab, aus Bin Laden nahen Kreisen zu stammen und beauftragt sei, einen Anschlag in Paris vorzubereiten. Die US-Vertreter zeigten sichtliche Besorgnis, verweigerten aber, den Franzosen nähere Gründe für Ihr Erschrecken mitzuteilen. Zwischen den Zeilen war zu verstehen: »*Da wurde eine Schweinerei zu früh aufgedeckt. Die USA machen sich nun Sorgen über undichte Stellen in der CIA, aber nicht um das französische Stadtbild.*«

Erinnern Sie sich an die angebliche Notwendigkeit des Atombombenabwurfs über dem bereits besiegten Japan 1945, die angeblich in Kuwait massakrierten Babys im Krankenhaus (was sofortige Zustimmung des Senats zum Kriegsbeginn gegen Irak zur Folge hatte) oder die seit Jahrhunderten immer wieder gebrochenen Verträge der US-Regierungen mit den indianischen Ureinwohnern. Die USA zahlt ja seit langer Zeit nicht einmal mehr die Beiträge für die UNO-Mitgliedschaft ein! Und ich werde das Gefühl nicht los, daß wir in Afghanistan gerade den Bock zum Gärtner machen. Oder glauben Sie an ein friedliches vernunftgesteuertes Ende des Mittelasienskonflikts?

Ähnlich sehen das auch mehrheitlich die Beiträge in Diskussionsforen im Internet – auch auf den Seiten [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) oder denen anderer seriöser Nachrichtensender. Nur in den meistgesehenen Nachrichten herrscht ein anderer Wind. Da wird sich an das amerikanische Brudervolk untrennbar angeklammert, daß man meinen könnte, Herr Bush und Herr Schröder wären siamesische Zwillinge. Ich habe vor langer Zeit schon öfter solche Sprüche gehört und fühle mich dann immer ein wenig angewidert. Wo sind wir nur gelangdet?!

PETER SPANGENBERG

## Naturschutzjugend Brandenburg 10. Geburtstag gefeiert

Am ersten November-Wochenende feierte der Landesverband der Naturschutzjugend (naju) im Naturschutzbund Deutschland (NABU) seinen zehnten Geburtstag.

1991 fanden sich in Erkner in der Fontane-Schule ca. 70 junge Vertreter aus Fach- und Ortsgruppen des Naturschutzbundes zusammen, um die Kräfte in einem landesweiten Jugendverband zu vereinen und sogar Einfluß auf den Landesjugendring zu gewinnen. Zehn Jahre nach der Gründungsfeier, trafen sich am 3. November 2001 im selben Speiseraum der Schule in Erkner wieder fast ebensoviele junge Naturschutzbegeisterte sowie die netterweise eingeladenen Aktivisten der ersten Stunden und bekamen ein unerwartet spannendes und professionelles Nostalgieprogramm serviert.

In einer einlagenreichen Show wurde unter anderem an den angeblich rechtsradikalen Überfall auf unser Gründungstreffen erinnert, bei dem die alarmierte Polizei offensichtlich mehr Angst um ihren Streifenwagen hatte als wir um unsere Haut. Zum Glück waren unsere Verhandlungen auf eigene Faust erfolgreich – für eine Flasche Goldi teilten sich die angerückten minderjährigen Streitkräfte zu etwa gleichen Teilen zu gemäßigten Rechts- und Linkssympathisanten, die sonst hier zur Schule gehen. Wir ließen uns damals noch Steckdosen für unseren Diaprojektor zeigen und hatten keinen Grund zur Sorge mehr. Der angeforderte Streifenwagen kam am Abend übrigens nicht mehr bei uns an.

Auch die übrigen vorgestellten Schnipsel der Vereinsgeschichte zeugten von ziemlich unbürokratischen Aktivitäten der naju und den dabei natürlich nicht ausbleibenden Pleiten, Pech und Pannen in meist lustiger Form. Ohne die vielen Fotos von schweißtreibenden Arbeitseinsätzen wie Trockenrasenpflege und Waldentmüllung sowie von Seminaren und Großveranstaltungen wäre hier wohl ein falsches Bild vom naju-Alltag entstanden. Manche Dinge mußten einfach erledigt werden. Doch mit den richtigen Leuten kann beinahe alles Spaß machen! Auch diese Lektion in Vereinsgeschichte. Das Programm endete daher mit starkem Beifall und einer ordentlichen Mahlzeit.

Für den Folgetag wurde ein Arbeitseinsatz in der Nähe von Erkner sowie die Delegiertenversammlung des Landesverbandes der naju angekündigt und die „alten Hasen“ wurden in Ehren verabschiedet.

Wer heute noch nicht zu alt, zu bequem oder zu verdorben ist für aktive Mitarbeit in den vorhandenen oder noch zu gründenden Gruppen der Naturschutzjugend, der erkundige sich bitte unter [www.najubrabu.de](http://www.najubrabu.de) oder rufe die naju über 0331-6261474 an!

PETER SPANGENBERG

## Arnold Schulze trat zurück

PDS-Stadtvorsitz im Februar 2002 neu

**Eberswalde (bbp).** Die PDS Eberswalde braucht einen neuen Vorsitzenden. Das erfahren die Genossinnen und Genossen auf der jüngsten Mitgliederversammlung des Stadtverbandes der Partei. Arnold Schulze, erst im März diesen Jahres wieder gewählt, begründete sein Ausscheiden aus dem Vorstand mit erheblichen beruflichen und persönlichen Belastungen, zu denen noch gesundheitliche Problemen hinzukämen. Bereits seit dem Frühjahr habe er sich nicht mehr wie gewohnt um die Parteiarbeit kümmern können. Die Aufgaben des Vorsitzenden wurden seitdem von Volker Passoke wahrgenommen. Mit Zustimmung der Mitgliederversammlung wird er den Stadtverband weiter bis zu der im Februar 2002 geplanten Neuwahl des Stadtvorsitzenden kommissarisch führen. Passoke, der in Eberswalde als Rechtsanwalt tätig ist, gehört dem Stadtvorstand erst seit diesem Jahr an. Ein Neuling in der Parteiarbeit ist er allerdings nicht. Vor seiner Übersiedlung nach Eberswalde, war er bereits Vorsitzender des PDS-Kreisverbandes Hannover.

Volker Passoke informierte darüber, daß der Vorstand bis zur Wahlversammlung im Februar Vorschläge für eine Aktualisierung der kommunalen Wahlprogrammatische erarbeiten wird.

## PDS-Senioren

Am 6. Dezember lädt die Senioren-Arbeitsgemeinschaft der PDS Eberswalde zu ihrer Jahresabschlußveranstaltung in gemütlicher Runde ein. Bereits am 21. November organisiert die AG in der Eberswalder Bierakademie einen Preisskat-Nachmittag. Hier sind Voranmeldungen erbeten (Otto Rubin, Tel 03334/22314). Beide Veranstaltungen beginnen jeweils um 14.00 Uhr.

## Öko-Kraftwerk

**Eberswalde (bbp).** Die Technischen Werke Eberswalde arbeiten gegenwärtig an Vorplänen für die Ansiedlung eines auf der Basis nachwachsender Rohstoffe arbeitenden Kraftwerkes mit einer Leistung von zwanzig Megawatt auf dem Gelände des Binnenhafens Eberswalde. Das bestätigte Bürgermeister Reinhard Schulz auf Anfrage des Stadtverordneten Dr. Klaus Westendorff (Hospitant bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen). Anfang nächsten Jahres, so der Bürgermeister, werde darüber ausführlicher informiert.

Nach Informationen, die der Barnimer Bürgerpost vorliegen, heißen die Betreiber Hertzberg und Partner. Sie wollen in dem geplanten Kraftwerk jährlich 180.000 Tonnen Holzreste verwerten. Mit der etwa 65 Millionen Mark umfassenden Investition wird laut Planung die Schaffung von 27 Arbeitsplätzen verbunden sein.

## Landratswahl im Barnim

# Alles lief nach Plan

**Eberswalde (bbp).** Bodo Ihrke soll bis zum 22. Januar 2010 Landrat bleiben. 35 der 56 Barnimer Kreistagsabgeordneten wollten es so. Die Weichen für Ihrkes Wiederwahl stellte seine Partei bereits 1997/98. Der zweite Beigeordnete Thomas Engel unterwarf sich damals den Tatsachen und wechselte mal wieder die Partei. Im Herzen bliebe er Grüner, sagte er, doch das Parteibuch nahm er von der SPD. Engels Mitgliedschaft in der SED blieb damals und auch jetzt unthematisiert, weil der CDU-Abgeordnete Lehmann sein dementsprechendes Interesse im Juli 2001 nur auf den Landratskandidaten der PDS fokussierte und die anderen die alten Geschichten eh nicht interessieren.

Engels Wechsel von den Grünen zur SPD war aber nur Indikator, nur Folge eines Orientierungswechsels, den die Barnimer SPD-Führung um Bodo Ihrke unternahm. Übrigens im Windschatten der Entwicklungen im Land. Die Wendezeiten waren vorbei. Die Eberswalder wählten 1995 ihren Wendebürgermeister Hans Dr. Mai (SPD) ab. Der Politpragmatiker und in Finowfurt Vor- und Nachwende-Bürgermeister Reinhard Schulz (parteilos) löste ihn ab. Im Kreistag verlor die SPD ihren streitbaren gewerkschaftlich geprägten Fraktionsvorsitzenden Karl-Heinz Lenßen, weil der seine Gewerkschaft beklaut hatte. Nachfolger wurde das frühere SED-Mitglied und Parteilehrjahrspropagandist Dr. Gert Adler. Zu DDR-Zeiten soll er im Forstinstitut mit einer Mitarbeiterin in eindeutiger Situation überrascht worden sein. Dafür kassierte er eine Parteistrafe und avancierte zum Widerständler und SED-Opfer. Sowa qualifiziert heutzutage. Allerdings ist er auch sonst nicht der Dümme. Nach der Wende war er sich nicht zu schade, an der untersten SPD-Basis auf Wahlkampf zu machen. Eine erfolgreiche Strategie. Einigermassen helle Köpfe waren in der SPD knapp. Nach dem Abgang des IG Metaller Lenßen rückte Dr. Gert Adler ins Vakuum auf. Frei von ideologischen Vorbehalten, die den Gewerkschafter Lenßen noch plagten. Lediglich den Haß auf die eigene Vergangenheit im Gepäck. Zu den alten Blockfreunden von der CDU hatte Adler dagegen

ein unkompliziertes Verhältnis. Er war also der geeignete Mann.

Schon ein halbes Jahr vor den Kommunalwahlen 1998 begann sich die neue Konstellation abzuzeichnen. Nach der Wahl machte man die Koalition zwischen SPD und CDU per Vertrag förmlich. Schon damals versprach die führende Partei der CDU einen Beigeordnetenposten. Der Pensionstermin des schon lange kränkelnden 1. Beigeordneten Schmidt stand lange fest. Ansonsten sollte alles beim alten bleiben. Die „Koalitionskrise“ vom Herbst 2000 reduziert sich im Rückblick auf reinen innerkoalitionären Bluff, um die Verteilung der Pfründe abzusichern.

Die Umorientierung der Barnimer SPD auf die CDU beruhte auf den politischen Veränderungen in der Mitte der 90er Jahre. Die Niederlage der Wendebürgerbewegung wurde manifest. Die karrieristisch orientierten Teile suchten neue Motivationen. Und fanden sie im bloßen Machterhalt. Dienstältester Landrat zu sein, ist ja auch was.

Unter diesem Vorzeichen ist die Verwaltungsführung im Landkreis Barnim jedoch immer weniger in der Lage, auf die tatsächlichen Probleme im Kreis zu reagieren, wie die Entwicklung in den letzten Jahren zeigt. Viele wichtige Entscheidungen fallen im kleinen Zirkel des Koalitionsausschusses. Die übrigen Abgeordneten der Koalition verkommen zum Stimmvieh. Die Verantwortlichen beschneiden sich damit jedoch auch ihre Fühler, über die sie Veränderungen und Probleme in der Gesellschaft mitbekommen könnten. Sie bauen sich ihre eigene heile Welt – vielleicht in einem neuen Kreishaus – und erleben irgendwann ihren 18. Oktober\*. Sollte es letztlich dem Machterhalt dienen, werden Ihrke & Genossen zweifellos zu gegebener Zeit eine erneute Umorientierung versuchen. Doch ist es dafür zumindest für den Landrat schon jetzt zu spät. Künftige andersfarbige Koalitionen halten für Bodo Ihrke mit Sicherheit keinen Platz mehr frei.

GERD MARKMANN

\* Am 18.10.1989 erklärte Erich Honecker seinen Rücktritt.

## Arbeit macht süchtig

**Bremen (nd/bbp).** Arbeitssucht hat sich nach Ansicht von Bremer Forschern in den vergangenen zehn Jahren zu einem gefährlichen Massenphänomen in der BRD entwickelt. Zehntausende Bundesbürger stürzten sich täglich »maßlos und selbstzerstörerisch« in ihren Beruf. Herzinfarkte, Depressionen, Hörstürze und Magengeschwüre sind die Folge des Raubbaus am eigenen Körper. »Man ist nie mit der eigenen Leistung zufrieden und kann nicht mehr aufhören.«

Vorzeitige Arbeitsunfähigkeit und häufigere Fehlentscheidungen unter Streß verursachen riesige volkswirtschaftliche Schäden. Zu den Gründen des Anstiegs zählt, daß immer mehr Betriebe mit Kalkül die Einteilung der Arbeitsstunden ihren Beschäftigten überlassen. Arbeitsleistung und Selbstausbeutung steigen enorm. Arbeitssucht hat gefährliche Folgen. Nirgends in der Welt sterben so viele Menschen in den ersten zwei Jahren nach dem Ruhestand wie in Europa.



Die Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg (JEB) ist ein europapolitischer, aber parteipolitisch unabhängiger Jugendverband. Die JEB ist der Berlin-Brandenburgische Landesverband der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland (JEF) und damit Teil der europaweiten aktiven Jungen Europäischen Föderalisten, die europaweit 15.000 Mitglieder haben, davon in Deutschland ca. 3.500. Die JEB Berlin-Brandenburg ging 1999 aus der Fusion der Jungen Europäischen Bewegung Berlin und den Jungen Europäischen Föderalisten Brandenburg hervor. Die Junge Europäische Bewegung engagiert sich für ein demokratisches, bürgernahes, nachhaltiges, solidarischeres, föderales und friedliches Europa. Die JEB fordert ein föderales Europa der Vielfalt von Kulturen und Lebensweisen.

Dieses Ziel setzt aber transparente und demokratische Entscheidungsprozesse voraus. Die Europäische Union muß eine funktionierende Demokratie werden. Die JEB fordert, das es keine Entscheidungen hinter geschlossenen Türen geben darf. Interessierte Bürger müssen die Möglichkeit haben, sich über die aktuellen politischen Themen schnell, einfach und in verständlicher Form informieren zu können. Die JEB ist auch der Ansicht, das gemeinsame europäische Politik nicht von einigen Regierungschef bestimmt werden darf. Das Europäische Parlament muß zu einer echten und direkten Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger in Europa werden. Die JEB fordert eine europäische Verfassung.

Um ihre Inhalte und Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen, führt die JEB zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen durch. So findet jeden Monat das Jour-Fixe statt, der Stammtisch der JEB. Dort wird gegessen, getrunken und über europäische Themen diskutiert. Große Kampagnen der JEF Deutschland, an denen die JEB maßgeblich beteiligt war, waren 1998 der Euro-Countdown oder 1999 die Erstwählerkampagne zur Europawahl „Vote for Europe“. Zudem führt die JEB zahlreiche Seminare durch, großen Erfolg hatten zum Beispiel die Schülerzeitungsredakteursseminare. Ein sehr wichtiger Punkt in der JEB-Arbeit sind Treffen und gemeinsame Reisen von Mitgliedern und Interessenten verschiedener JEF-Sektionen. So zum Beispiel

Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg

## »Europa live erleben«

werden multilaterale Seminare veranstaltet, wo die Teilnehmer die Möglichkeit haben, mit Mitgliedern der JEF aus anderen Ländern ins Gespräch zu kommen und über europapolitische Themen zu diskutieren. Wenn wichtige europapolitische Termine wie Regierungskonferenzen stattfinden, ist die JEF vor Ort und gemeinsam streiten und demonstrieren JEF-Mitglieder aus vielen nationalen Sektionen für die europäische Idee.

Ein Highlight der Arbeit der JEB ist das jährliche SIMEP, ein Simulationspiel, indem eine Sitzung des Europäischen Parlaments simuliert wird und es um Entscheidungen wie die Osterweiterung der EU geht. Zielgruppe sind Schüler, denen dadurch die Funktions- und Arbeitsweise des Europäischen Parlamentes näher gebracht werden soll. Das SIMEP fand in den letzten beiden Jahren im Abgeordnetenhaus zu Berlin statt und wurde von vielen PolitikerInnen unterstützt, gelobt und anerkannt. Die JEB ist ein Ort, wo mensch Menschen treffen und Europa live erleben kann. Die Aufgabe, die sich die JEB gestellt hat, lautet, Europa den Menschen, insbesondere Jugendlichen näher zu bringen und verständlich zu machen. Die JEB setzt sich für die europäische Sache ein und will diese unterstützen und voranbringen.

In der JEB werden junge und kreative Leute gebraucht, die aktiv bei der JEB mitarbeiten

und organisieren wollen, gemeinsam mit anderen Europabegeisterten die europäische Sache unterstützen wollen.

Aber es geht hier nicht nur um trockene Politik, sondern vor allem um Spaß an der Sache, etwas zu bewegen, sich mit Menschen zu treffen, zu diskutieren, auch mal zusammen eine Party zu veranstalten. Politik kann Spaß machen, lustig sein, farbig sein. Und das ist es, was die JEB auszeichnet.

Wer mehr wissen will und Informationen haben will oder Mitglied (kann jeder bis 35 werden) werden will, der wende sich bitte an die unten angegebenen Kontaktmöglichkeiten. Jeder Interessent und Sympathisant ist willkommen. Natürlich ist eine Mitarbeit auch ohne Mitgliedschaft möglich.

Die JEB Berlin-Brandenburg ist wie folgt zu erreichen: Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V., Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Fon: 030/42809038, Fax: 030/42809036, Email: jeb@jef.de.

Weitere Informationen über die JEB Berlin-Brandenburg, JEF Deutschland, JEF Europa, das SIMEP und europapolitische Termine in Berlin und Brandenburg können unter folgenden Internetadressen abgerufen werden:

[www.jef.de](http://www.jef.de), [www.jef-europe.org](http://www.jef-europe.org), [www.europatermine.de](http://www.europatermine.de), [www.simep.de](http://www.simep.de)

SEBASTIAN KNOPF

### Eberswalder Ansichten

#### Heinrich-Mann-Klub



Kaltnadelradierung von ANDREAS BOGDAIN aus dem Jahre 1993 (aus der 1. Mühlenkünstleredition 2000 „Drucksache AB“ vom Eberswalder Kunstverein „Die Mühle e.V.“), Auflage 20 Stück.

### Theaterwettbewerb

**Eberswalde (te).** Am 21. November findet um 13 Uhr der zweite Theaterwettbewerb »Sucht hat immer eine Geschichte« im Eberswalder Jugendklub »Am Bahnhof« (Bahnhofstraße 32) statt. Alle Barnimer Schulen waren von der Arbeitsgruppe Sucht- und Drogenprävention des Landkreises zur Teilnahme aufgerufen. Der Sieger erhält den im vergangenen Jahr gestifteten Wanderpokal. Schirmherr der Veranstaltung ist der Beigeordnete des Landkreises Barnim Thomas Engel.

## Ohne Kita später schulfähig

Ab diesem Jahr statistische Erhebungen durch das Land

**Eberswalde/Potsdam (bbp).** Alarmiert durch Aussagen im Gesundheitsbereich 2000 des Landkreises Barnim über den tendenziell höheren Förderbedarf für eingeschulte Hauskinder im Vergleich zu den Einschulern, die eine Kindereinrichtung besuchen, fragte der Eberswalder Landtagsabgeordnete Heinz Dobberstein die Landesregierung, ob es vergleichbare Untersuchungsergebnisse zur Schulfähigkeit gebe, wie sie die Situation einschätze und welche Möglichkeiten die Landesregierung sieht, der sich abzeichnenden Tendenz entgegenzuwirken, daß bei der Einschulungsuntersuchung von Hauskindern zunehmend eine Schulrückstellung empfohlen wird.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage heißt es, daß das Landesgesundheitsamt schon 1994 und 1995 feststellte, »daß Kinder, die ausschließlich zu Hause aufwachsen, häufiger psychologischen, logopädischen und psychotherapeutischen Handlungsbedarf attestiert bekamen und entsprechend öfter die Empfehlung einer Rückstellung des Schulbesuchs erhielten.« Allerdings sei damals die Zahl relativ gering gewesen, da kaum Kinder keine Kita besuchten. Aus verschiedenen methodischen Gründen seien die damals landesweit erhobenen Daten allerdings nicht mit den Ergebnissen des aktuellen Barnimer Gesundheitsberichtes vergleichbar.

Über genaue Angaben zur Zahl der Hauskinder verfügt die Landesregierung nicht. Der Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen (drittes Lebensjahr bis Einschulung) allerdings lag 2000 im Jahresdurchschnitt bei 93,3

Prozent. Da die Jahrgängen unmittelbar vor der Einschulung erfahrungsgemäß höher versorgt sind, dürfte der Anteil von Hauskindern deutlich unter 8,7 Prozent liegen. Eine Gesamteinschätzung zum heilpädagogischen Bedarf von Kindern mit wesentlichen Entwicklungsbesonderheiten kann die Landesregierung nicht geben. Sie geht aber davon aus, daß entsprechende Bedarfe und Rechtsansprüche gemäß den gesetzlichen Bestimmungen gedeckt bzw. erfüllt werden und ein bedarfsgeRechtes Angebot zur Verfügung steht.

Über einen »möglichen Zusammenhang zwischen dem Merkmal Ärztlich empfohlener Schulrückstellung und der anamnestischen Angabe Hauskind« liegen der Landesregierung lediglich Hinweise aus Veröffentlichungen brandenburgischer kommunaler Gesundheitsämter vor. »Um eine repräsentative und tragfähige Zahlenbasis auf Landesebene zu erhalten, dokumentiert der Öffentliche Gesundheitsdienst seit Anfang dieses Jahres beide Daten anlässlich der jährlich von ihm durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen.« Unabhängig davon unterstütze die Landesregierung Bemühungen, die Bereitschaft zur Teilnahme an en kinderärztlichen Vorsorgeuntersuchungen zu erhöhen. »Gerade Kinder, die ausschließlich im Haushalt ihrer Eltern aufwachsen, sollten unbedingt an diesen, von allen gesetzlichen Krankenkassen finanzierten Vorsorgeuntersuchungen teilnehmen, da sie von den jährlichen kinderärztlichen Untersuchungsangeboten der Gesundheitsämter in Kindertagesstätten ausgeschlossen sind.«

## termine

### Eberswalde

**Fr, 9.11., 10 Uhr** Ausstellung »Zusammenleben – für ein tolerantes Eberswalde«, Albert-Einstein-Schule

**Fr, 9.11., 18 Uhr** Gedenken an Reichspogromnacht, Goethestraße

**Sa, 10.11., 19 Uhr** Filmvorführung »Der Reicheinsatz« von Bergmann, Forschungs- und Gedenkstätte Eisenspalterei (FGE), Am Bahnhof Eisenspalterei

**Mo, 12.11., 19 Uhr** Dr. Michael Kohlstruck, AJR am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin: »Rechtsextremismus als maskuline Jugendkultur«, FGE, Am Bahnhof Eisenspalterei

**Mo, 12.11., 19 Uhr** Vortrag zum Islam, Evangel. Jugendkeller, Eisenbahnstr. 84

**Do, 15.11., 9 Uhr** Seminar »Vorurteile, Diskriminierungen und Konflikte«, Koordinierungsstelle für Toleranz u. Berufsbildungsverein Eberswalde, Haus am Stadtsee

**Fr, 16.11., 10 Uhr** Gerda Szepansky, Autorin der Ausstellung »Das was man Leben nannte« im Gespräch mit Schülern, 13 Uhr Abschlußveranstaltung, FGE, Am Bahnhof Eisenspalterei

**Do, 22.11., 18 Uhr** Netzwerk für ein tolerantes Eberswalde, Fachhochschule, Zi. 315

**Fr, 23.11., 20 Uhr** Theater mit den Ratten »Die Sünde, die man nicht beim Namen nennen darf«, Maria Magdalenen Kirche

**Sa, 24.11., 14 - 18 Uhr** Aktionstag »Gegen Gewalt an Mädchen und Frauen«, Dreist e.V., Fachhochschule (Mensa),

**Fr, 30.11., 16 - 22 Uhr** 2. Antirassismustag am Gymnasium Finow; Workshops, Sport und Konzert am Abend

## Barnimer Bürgerpost

### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO oder 17,60 DM)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO oder 5,87 DM)  
Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO oder 1175 DM)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO oder 23,47 DM – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 12 DM pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonent/in

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**telefax:** (0 89) 24 43 65 885

**außenstelle:** F.-Ebert-Str. 12, 16225 Ebw.  
fon (0 33 34) 38 17 55, fax (0 33 34) 38 17 54

**e-mail:** barnimer.buergerpost@t-online.de  
bbp@telta.de

**redaktion:** Gerd Markmann

**layout:** Rafalski Graphics

**druckerei:** PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

**redaktionsschluß:** 5. Oktober 2001

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 21. September 1995. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO (17,60 DM), ermäßigt 3 EURO (5,87 DM), Förder-Abonnement 12 EURO (23,47 DM).

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 1.12.2001, 12 Uhr.